

THURGAUER FREISINN

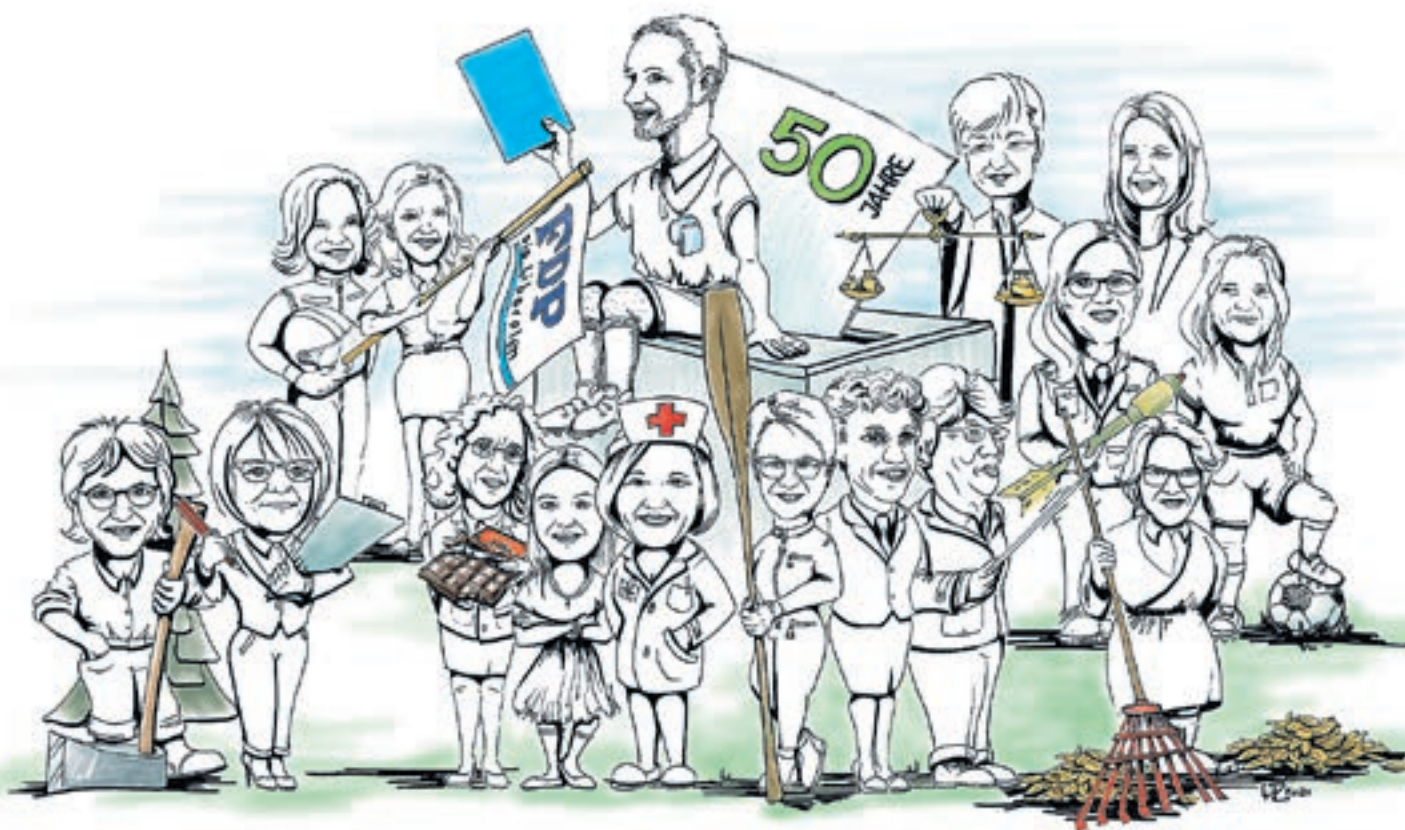
50 Jahre Frauenstimmrecht.

Jetzt
mitgestalten!

«Movimento»
Soundingboards

Noch drei Auflagen:
22. Februar, 1. März, 3. März

Anmeldung:
info@fdp-tg.ch



Karikatur: Martin Rickenbach

Geschätzte Freisinnige

Vor 50 Jahren erhielten die Schweizer Frauen nach einem mehr als hundertjährigen Kampf endlich das aktive und passive Wahlrecht auf Bundesebene. Ein längst überfälliger Durchbruch in der Gleichberechtigung. 14 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts wurde unsere Dr. Brigit Hänzi als erste Grossratspräsidentin im Kanton Thurgau gewählt. Unsere FDP-Frauen waren auf verschiedenen Ebenen politische Pionierinnen. Auch die erste Frau Gemeindeammann und die erste vollamtliche Oberrichterin des Kantons

Thurgau tragen unsere Parteifarben. Stolz dürfen wir aber nicht nur auf Vergangenes sein. Einige der prägenden Persönlichkeiten, welche unsere Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt in Politik, Beruf und Freizeit aktuell beispielhaft vorleben, stellen wir Ihnen stellvertretend für viele weitere in dieser Ausgabe vor. So etwa auch die bald höchste Thurgauerin und die allerjüngste Kantonsratskandidatin. In 20 Kurzporträts blicken wir in interessante Branchen und Zukunftspläne.

Wir sind weiter als vor einigen Jahren. Es braucht aber sowohl in der Politik wie auch in der Wirtschaft noch mehr Frauen. Dies erreichen wir

nicht mit illiberalen Quoten, Geschlechterkampfrhetorik oder Streiks, sondern mit den richtigen Rahmenbedingungen: Die ausserfamiliäre Arbeit soll sich auch mit Kindern für beide Elternteile lohnen. Die grösste Wirkung erzielen aber immer noch Vorbilder, wie die in diesem «Freisinn» vorgestellten Frauen.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen beim Lesen und freuen uns, wenn der Funke «Freude an der Politik» weitere Kreise erfasst. Frauen und Männer.

Gabriel Macedo, Parteipräsident

Inhalt

- 3–11 Thurgauer Freisinn
- 12/13 Blueprints:
Wir halten unsere Taten fest
- 14/15 5G braucht mehr Schub
- 16 Freihandelsabkommen
mit Indonesien
hat Pioniercharakter
- 17 Andrea Caroni
zur Burkainitiative
- 18/19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter
im Interview
- 20/21 Digitale DV in Bern
- 22 Gastbeitrag von Philipp Eng
- 23 Vermischtes

«Thurgauer Freisinn» Spezialausgabe

50 Jahre Frauenstimmrecht: Diese drei Frauen haben im Thurgau ganz besonders Geschichte geschrieben:



Dr. iur. Brigit Hänni,
erste Grossrats-
präsidentin

Ines Rusca,
erste Frau
Gemeindeammann

Dr. iur. Elisabeth
Thürer, erste
Oberrichterin

Mehr über die drei Pionierinnen auf den
Seiten 5, 7 und 9



Liebe Freisinnige

Die Corona-Krise dauert nun bereits fast ein Jahr. Damit wir endlich aus der Krise herauskommen, sind nun drei Dinge wichtig:

1. Schützen: Wir müssen das Ansteckungsniveau und die Ansteckungsdynamik tief halten. Dies erreichen wir, indem wir uns alle nochmals einen Ruck geben und die Verhaltens- und Hygieneregeln einhalten. Im Gegenzug ist der Bundesrat in der Pflicht, dass er die richtigen Verhaltensanreize setzt.

2. Entschädigen: Diejenigen Unternehmen, die ihren Betrieb aufgrund der Entscheide des Bundesrates schliessen mussten, müssen die Soforthilfe nun schnell ausbezahlt erhalten. Nur so kann unsere Wirtschaft diese Krise meistern, und die Arbeitsplätze können gesichert werden.

3. Impfen: Das einzige Mittel, das wir haben, um das Virus zu stoppen, ist der Impfstoff. Wir müssen dafür sorgen, dass alle, die sich impfen lassen wollen, dies so schnell wie möglich tun können. So erreichen wir bis im Sommer die Herdenimmunität und können endlich zur Normalität zurückkehren. Dabei sind die Risikogruppen und das Gesundheitspersonal natürlich prioritär zu behandeln.

Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen

Die akute Krisenbekämpfung ist wichtig. Es ist aber auch unsere Pflicht, jetzt damit zu beginnen, die Weichen für die Zeit nach dieser Krise richtig

zu stellen. Dazu gehört auch, dass wir unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Lebensgrundlage hinterlassen. Das erreichen wir aber nur, wenn wir Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen. In diesem Sinne haben wir Blueprints.ch lanciert. Lesen Sie mehr dazu auf den in unserem Schwerpunkt.

Nutzen Sie Ihr Stimmrecht!

Unserer gebeutelten Wirtschaft können wir auch auf zusätzlichen Wegen helfen: Wir können ihr mit dem Freihandelsabkommen mit Indonesien, über das wir am 7. März 2021 abstimmen, neue Wachstumsimpulse geben. Mit einem Ja zum E-ID Gesetz können wir den Standort Schweiz stärken und die Digitalisierung vorantreiben. Und mit einem Nein zur Burka-Initiative verhindern wir, dass unsere bereits stark gebeutelte Tourismusbranche nicht mit illiberalen Kleidervorschriften noch weiteren Schaden erleidet. Informieren Sie sich in der aktuellen Ausgabe im Detail über die Abstimmungsvorlagen und gehen Sie im Anschluss an die Urne. Damit können Sie einen wichtigen Beitrag leisten, dass wir jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft stellen.

Nun wünsche ich Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre dieser neuen Freisinn-Ausgabe!

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz



Eine eindrückliche Politkarriere

Brigitte Kaufmann

Als «Effizienteste» im Thurgauer Parlament wurde Brigitte Kaufmann vor kurzem in der «Thurgauer Zeitung» bezeichnet. Die ehemalige Uttwiler Gemeindepräsidentin ist aber weit mehr als das: Zielgerichtet und mit viel Herzblut kämpft sie für mehr Wirtschaftsfreundlichkeit, weniger Staat und verteidigt hartnäckig den Liberalismus. In vier Monaten wird die einflussreiche Politikerin, die auch in ihrer Freizeit ausdauernd unterwegs ist, aller Voraussicht nach zur höchsten Thurgauerin gewählt.

«Ich kann auch mal sehr unbequem sein», gibt Brigitte Kaufmann mit einem Schmunzeln zu. Doch das brauche es in der Politik – hin und wieder – äusserlich ruhig, innerlich auf der Palme: Wenn etwa Technologieverbote beschlossen werden, anstatt alle technischen und technologischen Optionen offenzuhalten wenn neue unnötige Gesetze erlassen werden oder unnötige Verwaltungsabläufe der Industrie und dem Gewerbe Steine in den Weg legen. Wenn sich Brigitte Kaufmann, die als Gemeindeammann den Aufstieg von Uttwil massgeblich prägte, etwas in den Kopf gesetzt hat, zieht sie es durch. Die FDP-Kantonsrätin weiss, wo sie Allianzen suchen muss, bereitet sich stets akribisch auf Geschäfte vor und überzeugt zuweilen auch politische Gegner mit ihrem vertieften Wissen. Auch deshalb sind ihre Vorstösse meist erfolgreich.

Erst kürzlich überwies der Grosse Rat ihre Motion «Ein moderneres Gastgewerbegesetz – damit die Vielfalt bleibt» oder unterstützte ihren Antrag zur «Regulierungsbremse».

Erfolg kommt nicht von ungefähr

Auch in Abstimmungskämpfen packt Brigitte Kaufmann mit Überzeugung an, baut Brücken, ist ausdauernd und der Inbegriff einer Möglichmacherin. So wie das kantonale Steuergesetz – eine Herzensangelegenheit der Uttwilerin – vor einem Jahr beim Thurgauer Stimmvolk so überzeugend und in 79 von 80 Gemeinden gutgeheissen wurde, hat im Voraus kaum einer für möglich gehalten. Auch als gewählte Vizepräsidentin des Grossen Rates ist sie sich nicht zu schade, morgens um fünf Uhr bei Temperaturen nahe am Gefrierpunkt an Bahn-

höfen Flyer zu verteilen. «Je älter ich werde, um so werterhaltender werde ich, was mein Verhältnis zu unserem Staat anbelangt. Rechtsstaatlichkeit, eine freiheitlich-demokratische Grundordnung, Subsidiarität, Föderalismus, die meines Erachtens zu Unrecht verschriene Konkordanz und Eigenverantwortung sind sehr zentrale Werte für mich», sagt Brigitte Kaufmann. In gesellschaftspolitischen Fragen sei sie unverändert liberal. «Der Staat soll sich so wenig wie möglich einmischen.»

Marx zum Bügeln

Brigitte Kaufmann hat auf allen Ebenen ihres Hauses randvolle Büchergestelle. Als Schwerpunkt fallen viele Schweizer Autoren auf – unter ihnen ihre Lieblingsautoren Jürg Federspiel und Thomas Hürlimann. «An Hürlimann beisse ich mir ab und zu die Zähne aus», lacht die Vollblutpolitikerin, die offen gesteht, dass sie sich während des Bügelns auch einmal eine Biografie von Marx anhören kann und von der Lebensgeschichte des Begründers der deutschen Sozialdemokratie, August Bebel, beeindruckt ist.

Im Einer von Basel nach Rotterdam

Im Kanton Bern in einem wirtschaftsliberalen und freien Umfeld aufgewachsen, waren jede Art von Musik, Literatur und Freizeitgestaltung erlaubt. Grenzen gab es trotzdem: Als Kind musste sie ein Paar Ski mit ihren vier Brüdern teilen. Heute hat die 62-jährige, begeisterte Alpinskifahrerin und Langläuferin mehrere davon: «Sport hat bei mir aber nichts Wettbewerbsmässiges.» Wichtig sei es ihr, draussen in der Natur zu sein. Diese Liebe lebt sie auch auf dem Wasser. Mutterseelenallein rudert die selbstständige Kommunikationsberaterin auf dem Bodensee, wagt sich auf ihrem Ruderboot von Basel nach Rotterdam oder im Einer entlang der Atlantikküste. «Eigentlich bin ich mit meiner Körpergrösse völlig ungeeignet zum Rudern», lacht die ausdauernde Ruderin. Ganz alleine auf dem See zu sein, sei etwas ganz Besonderes. Besondere Momente wird Brigitte Kaufmann auch erleben, wenn sie – fünfzehn Jahre nach ihrem Amtsgelübde im Kantonsrat – am 26. Mai 2021 als Präsidentin des Grossen Rates zur höchsten Thurgauerin gewählt wird. «Ich freue mich auf diese Aufgabe – falls ich denn gewählt werde – und den Kür-Bereich mit all den Begegnungen im ganzen Thurgau, dem Austausch und Eintauchen in all die schönen Gegenden des Kantons.»

Marie-Theres Brühwiler

Was Brigitte Kaufmann zur Einführung des Frauenstimmrechts sagt und wie prägend unsere freisinnigen Frauen in Vergangenheit und Gegenwart sind, erfahren Sie auf den nächsten Seiten.

50 Jahre Frauenstimmrecht

20 starke Frauenstimmen

**Marie-Theres Brühwiler –
Ich bin eine Frau – und das ist gut so**



«Frauen sind anders. Männer auch. Und das ist gut so.» Diese Aussage kommt mir besonders in diesen Tagen in den Sinn – mit Fokus auf das erst vor 50 Jahren eingeführte Frauenstimmrecht in der Schweiz. Ich frage mich, wie es wohl damals gewesen ist.

Bei Einführung des Frauenstimmrechts lernte ich in der Schule gerade die ersten Buchstaben kennen. Erinnerungen an diese frühe Kindheit: Meine Mama diskutierte am Mittagstisch lieber über politische Themen als mein Vater, je näher der Abstimmungssonntag kam, je weniger liess meine Mutter Zweifel an den richtigen Entscheidungen aufkommen: 100 Prozent Stimmabgabe. 100 Prozent identisch. 100 Prozent weiblich geprägt.

Wohl auch deshalb scheute ich mich später nicht, Neuland zu betreten – an meinem damaligen Wohnort als Mitglied der Ortsbehörde, 26-jährig und jungverheiratet. Immer wieder wurde ich gefragt, wie man sich denn als erste, einzige und dazu noch sehr junge Frau in einer solchen politischen Behörde fühle. Ehrlich gesagt: Ich sah gar nie ein, was daran speziell sein sollte. Und so ist es bis heute geblieben. Ich arbeite gerne mit verschiedenen Menschen zusammen. Mit Frauen gleich wie mit Männern.

Starke Frauen? Es gibt viele einflussreiche Frauen in unseren Reihen. Einige betraten wie ich Neuland und haben es womöglich ganz anders erlebt. Andere sind heute in sehr wichtigen Funktionen und wieder andere werden künftig etwas bewegen.

Deshalb gilt jetzt: Vorhang auf! Die Bühne gehört ganz diesen wunderbaren Frauen!

**Marie-Theres Brühwiler,
Geschäftsführerin FDP TG**

Geboren: fast 7 Jahre vor Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: Frau Schneller.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... ich gerne möglich mache.

Mein Wunsch an die Zukunft: dass wieder mehr Leute das Glas halbvoll sehen (statt halbleer).

**Martina Pfiffner Müller –
anders ticken ist erlaubt**

Nein, dieser Text gilt nicht unserem geschätzten Fraktionspräsidenten – und doch hat dieser Beitrag etwas mit anders zu tun. Kurzum: Ich bin mir ganz sicher, dass wir als Partei ruhig etwas anders werden dürfen. Als Projektleiterin «Movimento» stecke ich mittendrin in Positionierungsfragen. Und ja: Wir dürfen lauter, frecher, eigenständiger, farbiger und mutiger werden. Denn nur zu oft wird uns unsere differenzierte Art zum Verhängnis – wir tarieren aus, wägen ab, sind kompromissbereit. Während die anderen den Pokal gewinnen. Das darf nicht sein. Deswegen bin ich für klare Positionen und konsequenten Fortschritt. Dabei sind unterschiedliche Meinungen ausdrücklich erlaubt, denn gut gelebte Diversität macht Resultate immer besser.

50 Jahre gibt es also unser Frauenstimmrecht schon. Ziehen wir rund um dieses Jubiläum Bilanz, so sehen wir, dass schon viel erreicht wurde – und dass es gleichzeitig noch Luft nach oben hat, insbesondere auf den Chefetagen. Ich wünsche mir für die Zukunft, dass Männer das Potenzial der Frauen vermehrt anerkennen, Frauen fördern und ihnen Plattformen bieten. Ich selber durfte das oft erleben und gehe meinen Weg, indem ich ihn eben einfach gehe. Selbstbestimmt und manchmal auch etwas unkonventionell. Wir Frauen müssen nicht Männer imitieren. Aber wir müssen uns auf unsere Art in aller Selbstverständlichkeit auf den unterschiedlichen Spielfeldern bewegen und für unsere Sache bestimmt und kraftvoll eintreten.



**Martina Pfiffner Müller, Vizepräsidentin FDP TG,
Kantonsrätin, Vorstandsmitglied Thurgauer
Gewerbeverband, Unternehmensberaterin**

Geboren: 3 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: Pownudel, Genussmensch und Möglichmacherin.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... wir ganz einfach die zielführendste Partei sind.

Mein Wunsch an die Zukunft: eine gemässigte Greta, ein besiegtes Covid, mehr Frauen in unserer Kantonalpartei.

**Brigitte Kaufmann –
hartnäckig und kämpferisch**



Brigitte Kaufmann hat nie verstanden, dass Frauen nicht abstimmen durften. «Ich bin allen Frauen dankbar, die für das Frauenstimmrecht gekämpft haben. Ich selbst habe mich seinerzeit sehr aktiv für das neue Eherecht eingesetzt. Es trat 1988 in Kraft und war erstmals nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau aufgebaut. Ich habe Leserbriefe geschrieben, an Versammlungen aktiv teilgenommen, Standaktionen organisiert, Flugblätter verteilt, es war für mich eine der Abstimmungen, eine Referendumsabstimmung, die mich überdurchschnittlich motiviert und politisch bewegt hat. Bekanntlich haben wir diese gewonnen. Im Verlaufe der Jahre habe ich noch Dutzende von Abstimmungskämpfen bestritten, doch diese war entscheidend für meine Prägung, dass es sich – in der Politik – immer lohnt, sich einzusetzen und sich zu engagieren. Wer weiss, meine ungebrochene Bereitschaft, mich noch heute um fünf Uhr morgens im Januar am Bahnhof in Amriswil zu treffen, um Weggli und Abstimmungsflyer zu verteilen, hat ihre Wurzeln vermutlich in dieser einen Abstimmung zum neuen Eherecht.»

**Brigitte Kaufmann, Kantonsrätin,
Vizepräsidentin des Grossen Rates,
Kommunikationsberaterin**

Geboren: 12 Jahre vor der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: «gspürig».

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: Wer die Freiheit liebt, hat keine Alternative.

Mein Wunsch an die Zukunft: Pandemie überwinden, Freiheit erhalten.

**Kristiane Vietze –
engagiert und schnell**

Dem Grossen Rat gehört Kristiane Vietze schon bald 9 Jahre an. Ihr Credo: «Gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Generationen – damit der Thurgau und die Schweiz wettbewerbsfähig bleiben.» Die Frauenfelderin will das Vertrauen in die Eigenverantwortung fördern und geht selbst mit grossem Beispiel voran. Als aktuelle Vizepräsidentin der grossrätlichen Geschäftsprüfungs- und

Finanzkommission wird sie in 2 Jahren dieser wichtigsten Kommission vorstehen. Unternehmerisches Engagement ist ihre Motivation als Vorstandsmitglied der IHK Thurgau und als Co-Präsidentin von «autonomiesuisse». Weltoffen, erfolgreich, frei: Zusammen mit anderen führenden Wirtschaftsvertretern will sie eine Schweiz, die der EU und anderen Ländern auf Augenhöhe begegnet. Gerne drückt sie bei ihren Tätigkeiten im familien-eigenen Unternehmen, in der Politik und andernorts aufs Tempo – etwa als Teilnehmerin der Auto-Renntage in Frauenfeld. Die Mutter von zwei erwachsenen Kindern engagiert sich zudem gesellschaftlich-sozial als langjähriges Vorstandsmitglied in der Institution «Schloss Herdern» und im Stiftungsrat der Kartause Ittingen.



Kristiane Vietze, Politikerin, Unternehmerin, Möglichmacherin

Geboren: knapp vor der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: gesellig und vergnügt.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... ich freisinnige Menschen mag.

Mein Wunsch an die Zukunft: einen Beitrag an eine positive Entwicklung leisten.

Maike Scherrer – engagiert für Bildung auf allen Ebenen

Maike Scherrer ist überzeugt: Der Forschungs- und Produktionsstandort Schweiz muss erhalten und gestärkt werden. «Der Werkplatz Schweiz ermöglicht die Versorgungssicherheit, auch in Zeiten knapper Verfügbarkeit von Produkten. Wir müssen zudem sensibilisieren, welchen Wert es hat, wenn wir in der Schweiz sämtlichen Mitgliedern der Bevölkerung eine adäquate und sinnvolle Beschäftigung bieten.» Dies liegt der Professorin, die ihr Doktorat dem Schwerpunktthema «Technologie-management» gewidmet und ihre Habilitation mit dem Fokus «Produktionsmanagement» erreicht hat, besonders am Herzen. Als Privatdozentin der Universität St. Gallen und Professorin der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) mit Forschungsschwerpunkt «Nachhaltiges Supply Chain Management und Mobilität» – und Mutter von drei Kindern – weiss sie, wie wichtig

eine gute Bildung und wie wertvoll dabei jede Entwicklungsstufe ist: als Präsidentin der Volksschulgemeinde Nollen, als Vorstandsmitglied im Verband Thurgauer Schulgemeinden und als Mitglied des Hochschulrates der Pädagogischen Hochschule Thurgau.



Maike Scherrer, Professorin, Privatdozentin, Präsidentin Volksschulgemeinde Nollen

Geboren: 7 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: immerwährende Optimistin.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... FDP-Werte Fundament eines nachhaltigen Denk- und Arbeitsplatzes Schweiz sind.

Mein Wunsch an die Zukunft: demokratische Werte leben für eine gemeinsame, starke, nachhaltige Zukunft.

Marianna Frei – mutig mit weiblicher Intuition



Als Marianna Frei vor sechs Jahren als Gemeindepräsidentin von Schlatt gewählt wurde, begann in der Region – bisher ohne Gemeindepräsidentinnen – eine neue Ära. Vorbehalte gewisser älterer Herren, ob «die» das denn kann, konnte sie mit ihrer gradlinigen Politik schnell entkräften. Die ausgebildete Pflegefachfrau wuchs während 20 Jahren als nebenamtliche Richterin und 8 Jahren als Gemeinderätin in ihre heutige Aufgabe hinein. «Ich treffe Entscheide – wo möglich – oftmals mit weiblicher Intuition, höre auf mein Bauchgefühl.» Für alles verantwortlich zu sein, sei herausfordernd. Aktuell stehen heikle Themen auf ihrer Agenda: Der Bund evaluiert das angrenzende Zürcher Weinland als möglichen Standort für ein Tiefenlager radioaktiver Abfälle. Marianna Frei wirkt

Dr. iur. Brigit Hänzi – erste Thurgauer Grossratspräsidentin

Mit grossem Interesse an Politik startete Brigit Hänzi als Präsidentin der Freisinnigen Frauengruppe Frauenfeld. 1979 folgte ihre Wahl in den Gemeinderat der Stadt Frauenfeld und 1980 jene in den thurgauischen Grossen Rat – und damit die Gelegenheit, an politischen Entscheiden in der kantonalen Legislative direkt mitzuwirken, was ihr besonders Freude bereitete. «In beiden Parlamenten hatte ich nie den Eindruck, ich sei als Frau weniger akzeptiert als ein Mann – auch als Grossratspräsidentin nicht. Erwartet wurde – von allen – eine ruhige, unparteiische Ratsführung und dass Hand und Fuss hat, was geäussert wurde. Entscheidend war für mich stets das Bemühen um sorgfältige Arbeit und Offenheit gegenüber anderen Standpunkten.»

Männliche oder weibliche Politik?

«Es gibt für mich nur eine sinnvolle Politik, die sich am Wohl und am Fortschritt des Ganzen orientiert und sich redlich um den Dienst an der gemeinsamen Aufgabe bemüht.» Ein weiblicher oder männlicher Aspekt kann bei gesellschaftlichen, sozialpolitischen Themen auftreten: bei der Einführung des Frauenstimmrechts, der vermehrten Berufstätigkeit der Frauen... In grossrätlichen Kommissionen ist hin und wieder festzustellen, dass sich Frauen unmittelbarer und spontaner zu Wort melden, offen für neue Lösungen sind, dabei durchaus eingestehend, nicht über Patentlösungen zu verfügen. «Darüber habe ich mich gefreut.» Doch es gibt auch gemeinsame Erfahrungen für Männer und Frauen: wenn Personalfragen härter, anforderungsreicher werden, je enger der Kreis der Anwärter wird, je mehr es der Spitze zugeht.

Was Freude bereitet

«Mein Präsidialjahr hat mir ausgesprochen Freude bereitet: die Kontakte mit den Ratsmitgliedern, die Begegnung mit interessanten Menschen – ihren spannenden Themen, den immer wieder neuen Fragen und Problemstellungen. So möchte ich den Generationen von Frauen vor uns danken: Sie haben uns den Weg geebnet, wie wir es für unsere Nachfolgerinnen taten.»

(Text aus «Frauen im Thurgau» 1989)

Dr. iur. Brigit Hänzi hat ihre Zeit als Politikerin selbst ausführlich Revue passieren lassen. Wer diese Langversion möchte, kann sie gerne bei der FDP TG bestellen (info@fdp-tg.ch).

50 Jahre Frauenstimmrecht

20 starke Frauenstimmen

deshalb auch im Vorstand der Regionalkonferenz Zürich Nordost und in mehreren Fachgruppen mit. Sie lässt sich dadurch nicht unter Druck setzen, manche Prozesse brauchen Zeit. Für die Mutter eines erwachsenen Sohnes ist es kaum nachvollziehbar, dass die Generation ihrer Mutter bis 1970 keine politischen Rechte ausüben konnte.

Marianna Frei, Gemeindepräsidentin, Laienrichterin

Geboren: 9 Jahre vor der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: Schnelldenkerin und ausgeglichene Person.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... ich für Freiheit, Eigenverantwortung, Bildung, Sicherung der sozialen Werke stehe.

Mein Wunsch an die Zukunft: mutige Frauen, die trotz Gegenwind politische Ämter übernehmen.

Nadja Stricker – mit grossem Einsatz für die Gemeinschaft



«Nach Engagements im Journalismus, in der Verwaltung und im Gemeinderat ist es für mich ein nächster logischer Schritt, meine Erfahrung und meine Fähigkeiten für ein Miteinander in Münchwilen zu vereinen», betonte Nadja Stricker bei ihrer Kandidatur für das Gemeindepräsidium. Das Verwaltungshandwerk eignete sie sich in 9 Jahren als Gemeindeschreiberin von Rickenbach an, politische Erfahrung sammelte sie während 5 Jahren im Gemeinderat Münchwilen. Mit ihrer Wahl zur ersten Hinterthurgauer Gemeindepräsidentin setzte sie politisch einen Meilenstein. Als junges Mädchen wollte Nadja Stricker – entgegen den Gepflogenheiten der Familie – Fussball spielen. Sie hatte Talent, war ehrgeizig, zielbewusst, fokussiert. Ihr Weg führte bis in die höchste Schweizer Liga mit Aufgebot in die U21-Nationalmannschaft. Auf Drängen ihrer Tochter initiierte sie beim FC Münchwilen eine Juniorinnenmannschaft. Ein Leben ohne Fussball kann sich Münchwilens Gemeindepräsidentin (noch) nicht vorstellen.

Als idealen Ausgleich zum intensiven Amt spielt sie mit den Frauen des FC Münchwilen in der 3. Liga.

Nadja Stricker, Gemeindepräsidentin, passionierte Fussballerin und Nachwuchsförderin
Geboren: im Jahr 1 nach der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich: als gradlinige, faire, zielorientierte Teamplayerin mit Humor.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... ich freiheitsliebend bin.

Mein Wunsch an die Zukunft: Möge die «alte» Normalität bald wieder einkehren.

Nazmije Ismaili – die Zukunft selbst gestalten



Die FDP Schweiz feierte am 25. Februar 2019 ihr 125-jähriges Bestehen am Gründungsort – im Bahnhofbuffet zu Olten – mit viel FDP-Prominenz. Als Redende geladen: alt Bundesrat Kaspar Villiger, Nationalrat Christian Wasserfallen und Nazmije Ismaili, Präsidentin der Jungfreisinnigen Thurgau. Mit ihrer Rede erntete sie grosse Aufmerksamkeit. Sie erzählte frisch von der Leber, wie sie sich entschieden habe, ihre Zukunft selbst zu gestalten, und weshalb sie diese nicht anderen überlassen möchte. «Es kommt nicht drauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern vielmehr darauf vorbereitet zu sein.» Die heute 30-Jährige engagierte sich, noch bevor sie als Präsidentin der Thurgauer Jungfreisinnigen amtierte, in ihrer Wohngemeinde als Rechnungsrevisorin, kandidierte für den Kantons- und den Nationalrat und schaffte es beim Who's who der «Thurgauer Zeitung» in den Reigen der 100 wichtigsten Thurgauerinnen und Thurgauer. Heute wohnt Nazmije Ismaili im Nachbarkanton, weshalb sie auf der Thurgauer Politbühne leider nicht sichtbar ist.

Nazmije Ismaili, Produktmanagerin Versicherung, Ex-Präsidentin Jungreisinnige Thurgau

Geboren: lange nach der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: optimistisch, zielstrebig, manchmal witzig.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... mir die liberalen Grundgedanken entsprechen.

Mein Wunsch an die Zukunft: weniger Corona-Viren und mehr Gesundheit, Liebe und Wein.

Samra Ibric – motiviert für beste Leistungen

Samra Ibric kam als Einjährige mit ihren Eltern kurz vor Kriegsausbruch in Bosnien in die Schweiz. Die Arbonerin ist voller Dankbarkeit und weiss, dass längst nicht alles selbstverständlich ist. «In der Schweiz haben wir sowohl politisch, wirtschaftlich wie auch bildungstechnisch grossen Luxus.» Die «Motzkultur» vieler kann sie oft nicht nachvollziehen, auch wenn es einige Probleme gebe. Nachteile hat die Arbonerin bisher in keiner ihrer Lebensphasen gespürt, weder als Frau noch aufgrund ihrer Wurzeln. Samra Ibric geht fokussiert ihren Weg: Sie absolvierte eine kaufmännische Lehre in Roggwil TG, holte gleich darauf die Matura nach, studierte Rechtswissenschaften in Zürich und befasst sich aktuell in ihrem Doktorat mit einem rechtsphilosophischen Thema. Daneben arbeitet sie Vollzeit an der ZHAW als wissenschaftliche Mitarbeiterin und hat vor gut eineinhalb Jahren das Co-Präsidium der Ortspartei Arbon übernommen. «Wer seine bestmögliche Leistung bringt, kommt weiter und baut Vorurteile rasch ab», so ihr Credo. Sie sieht die Schweiz als Land der Privilegien und will dieses Bewusstsein teilen.



Samra Ibric, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Doktorandin, Co-Präsidentin Ortspartei Arbon

Geboren: 19 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: manchmal etwas zu freimütig.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... sich jede/r einbringen kann. Begeisternde Diskussionskultur.

Mein Wunsch an die Zukunft: die Schweiz als Vorreiterin in gesellschaftlich-ökologischen Herausforderungen.

Cornelia Hasler-Roost – zukunftsorientiert, mutig, sportlich



Moderne Arbeitsformen, dezentrales Schaffen, Vereins- und Dorfleben stärken – Schlagworte, die in Cornelia Haslers Alltag eine grosse Rolle spielen. Die Kantonsrätin rüttelt den Grossen Rat in Digitalisierungsfragen auf, fördert in der Ostschweiz die Realisierung von geeigneten Co-Working-Flächen oder fordert den Regierungsrat auf, beim Langsamverkehr nicht nur an die Freizeitaktivitäten zu denken. Schliesslich hat die Mutter von zwei erwachsenen Kindern ihren Arbeitsweg von Aadorf nach Kloten selbst jahrelang, wann immer möglich, auf dem Rennvelo zurückgelegt. Ebenso stark engagiert sich die ehemalige Gemeinderätin für werterhaltende Traditionen. Mit einigen Gleichgesinnten kämpfte sie mit Herzblut für den Erhalt eines Bücherladens in Aadorf und schaffte mit vereinten Kräften, was in der bevölkerungsstärksten Hinterthurgauer Gemeinde in dieser kurzen Zeit eigentlich niemand für möglich gehalten hat. Und Achtung: Beim Ostschweizer Parlamentarier-Skirennen ist sie die grosse Thurgauer Hoffnungsträgerin, denn sie fährt meist fast allen – auch den Männern – davon.

Cornelia Hasler-Roost, Kantonsrätin, Marketing- und Kommunikationsfachfrau

Geboren: 3 Jahre vor der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: aktiv, innovativ, positiv und manchmal etwas ungeduldig.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... liberales Gedankengut als überzeugte Demokratin sehr wichtig ist.

Mein Wunsch an die Zukunft: mehr Miteinander, Mut und Weisheit.

Cornelia Zecchinell – Kultur bildet und verbindet

«Ein Glück, dass die Kultur immer Anregung und geistige Nahrung schenkt – auch in Corona-Zeiten», bekräftigt die Kantonsrätin, Unternehmerin, Mutter von zwei Söhnen. «Kultur hat eine positive Kraft – sie bildet, verbindet die Menschen, stärkt die Gemeinschaft», weiss Cornelia Zecchinell, die im Vorstand der Thurgauischen Kunstgesellschaft wirkt und Mitglied der Kulturkommission des Kantons Thurgau ist. Vor 5 Jahren auf Anhieb in

den Grossen Rat gewählt, setzt sie sich ebenso stark für eine wirtschaftsfreundliche Politik ein. Wer – wie es das Gewerbe tut – Berufsbildung ermöglicht, Arbeitsplätze schafft, damit Menschen die Chance gibt, ihr Potenzial zu entwickeln und ein selbstbestimmtes Leben zu führen, soll nicht behindert werden. «Nicht Behörden sollen unser Leben und unsere Zukunft bestimmen, sondern verantwortungsbewusste, selbstbestimmte Menschen für sich», lautet ihr Credo. Als Präsidentin der Bürgergemeinde Kreuzlingen hat sie vor 2 Jahren eine Männerdomäne durchbrochen und kümmert sich seither unter anderem um rund 150 Hektaren Wald.



Cornelia Zecchinell, Kantonsrätin, Präsidentin Bürgergemeinde Kreuzlingen

Geboren: 11 Jahre vor der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: Wundertüte.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... sich hier unternehmerisch denkende Menschen treffen.

Mein Wunsch an die Zukunft: mehr echte Begegnungen.

Maja Lüscher – Macherin, Herzmensch



Die derzeit laufende Renteninitiative der Jungfreisinnigen spricht Maja Lüscher aus dem Herzen. «Ich bin auch im Alter von 70 Jahren noch sehr gerne beruflich aktiv», sagt die selbstständige Zeremonienleiterin, die für Trauungen, Taufen oder Abdankungen immer noch sehr gefragt ist. Doch es ist Maja Lüscher ein grosses Anliegen, dass beim Eintritt in den dritten Lebensabschnitt auf individuelle Bedürfnisse eingegangen werden kann. Eigenverantwortung und ein selbstbestimmtes Leben sind für die Aadorferin grosse Glücksbringer – und wichtige Lebensqualitäten. Dafür – und als Vorbild

Ines Rusca – erste Frau Gemeindeammann im Thurgau

Vier Tage nach Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz 1971 feierte Ines Rusca-Naef ihren 35. Geburtstag. Politikinteressiert war Ines Rusca, die 1994 als erste Frau Gemeindeammann im Thurgau gewählt wurde, schon in früher Kindheit – allerdings nicht in der Partei ihres Vaters, eines angesehenen Juristen und späteren Staatsanwalts und in der SP aktiv. Dieser erwiderte spöttische Bemerkungen stets mit: «Ihre Partifarben gehen doch mich nichts an.» Was die 85-Jährige noch heute beeindruckt. Ines Rusca war die erste Gemeindepräsidentin von Bottighofen und eine der wichtigsten Persönlichkeiten, die das Vorhaben «eigenständige Gemeinde Bottighofen» vorantrieb. Die Ortsgemeinde Bottighofen löste sich von der damaligen Munizipalgemeinde Scherzingen ab und geht seit Anfang 1994 eigene Wege. Und das, obwohl das Dorf – wie das Ines Rusca damals von einem Gegner gerade ins Gesicht gesagt wurde – nicht einmal eine Kirche hat.

Frau Gemeindeammann – ein Titel aus der Vergangenheit

Als am 1. Januar 1990 im Thurgau die neue Kantonsverfassung in Kraft trat, wurde mit der Abschaffung der Munizipalgemeinden und der Bildung der politischen Gemeinden darauf verzichtet, eine für Mann und Frau gleichermaßen passende Amtsbezeichnung des Gemeindeoberhauptes zu schaffen. Es amtete auch keine Frau als Oberhaupt einer Thurgauer Gemeinde. Erst als Ines Rusca 1994 in Bottighofen zum Gemeindeammann gewählt wurde, kam wieder Bewegung in die Diskussion. Mit der Anrede «Frau Gemeindeammann» war man damals überzeugt, einen gangbaren Weg gefunden zu haben. Seit 2012 gibt es im Kanton Thurgau nur noch Gemeinde- und Stadtpräsidentinnen und -präsidenten. Ines Rusca macht auch heute noch keinen Hehl daraus, dass sie lieber bei der Bezeichnung «Gemeindeammann» geblieben wäre. «Jede (Hundsverlochete) hat einen Präsidenten oder eine Präsidentin», vergleicht sie. Als erste Frau Gemeindeammann im Kanton Thurgau nahm sie eine Vorreiterrolle ein. Ines Rusca fühlte sich nie benachteiligt aufgrund ihres Geschlechtes. «Ich ging ganz einfach meinen Weg», blickt die ehemalige Kantonsrätin, die 15 Jahre nach Brigit Hänzi als zweite FDP-Politikerin zur höchsten Thurgauerin gewählt wurde, zurück.

50 Jahre Frauenstimmrecht

20 starke Frauenstimmen

für Jung und Alt – liess sie sich bei den letzten Nationalratswahlen auf die Frauenliste setzen. Maja Lüscher wirkt jugendlich und sprüht vor Tatendrang. Als Präsidentin und Initiantin von «Hänkiturm classics» oder als Organisatorin der traditionellen FDP-Herbsttagung lebt sie kulturelles, uneigennütziges Engagement. Aus ihren langjährigen Vorstandstätigkeiten weiss sie, Frauen nahmen schon weit vor der Einführung des Frauenstimmrechts wichtige Rollen in der Gesellschaft ein.

Maja Lüscher, Zeremonienleiterin

Geboren: 20 Jahre vor der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: Macherin – Herzmensch.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... mir die liberalen Werte gefallen.

Mein Wunsch an die Zukunft: durch verantwortliches Handeln die Demokratie erhalten und stärken.

Monica Müller – produziert einzigartige Chocolat Suisse



Vor bald 20 Jahren hängte Monica Müller ihren mehr als ein Jahrzehnt sehr gerne ausgeübten Beruf als Primarlehrerin an den Nagel und stieg in die 1932 gegründete Chocolat Bernrain AG ihrer Eltern ein. Als Quereinsteigerin führt sie das Traditionsunternehmen seit 13 Jahren höchst erfolgreich. Aktuell will die innovative Unternehmerin im künftigen Neubau eine moderne Giessanlage

sowie einen attraktiven Fabrikladen mit integriertem Café unterbringen. Die im Stammhaus in Kreuzlingen und im Tochterunternehmen Chocolat Stella in Giubiasco TI produzierten Schokoladen sind weltweit einzigartig. Ihr Entscheid, in eine Nische zu setzen und sich als Produzentin im Private-Label-Bereich einen Namen zu machen, erweist sich als richtig. 85 Prozent der hergestellten Güter werden unter Kundenmarken exportiert – und in rund 50 Ländern begeistert genossen. Wichtig ist der Chefin von 120 Mitarbeitenden ein respektvoller Umgang – mit Kunden, Mitarbeitenden und Lieferanten. So bezieht die Chocolat Bernrain AG ihren Kakao direkt von Kooperativen, dadurch können Kleinbauern und -bäuerinnen mehr verdienen.

Monica Müller, Unternehmerin

Geboren: 6 Jahre vor der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: unkompliziert, umgänglich.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... mich die liberale, weltoffene Ausrichtung überzeugt.

Mein Wunsch an die Zukunft: ein Miteinander auf Augenhöhe.

Sibylle Moopanar – machen statt fordern

Die Primarlehrerin mit Nebenamt für die Militärjustiz studiert in einem Fernstudiengang Rechtswissenschaften. Die Devise der 34-Jährigen: «Machen, statt zu klagen und zu fordern.» Als Alliance F mit dem Projekt «Helvetia ruft!» für mehr Frauen in den eidgenössischen Räten aufrief, wagte sie sich als politischer Neuling in den Nationalratswahlkampf und wurde zur gefragten Interviewpartnerin für die SRG, die ARD und den «Tagess-Anzeiger». Unzählige Male stand die Militärrechtlerin morgens um 5.30 Uhr auf einem Bahnhof, verteilte Gipfeli oder Rosen, und dies nicht nur,

wenn sie gerade von Journalisten begleitet wurde. Ihr Einsatz geht weiter: Sie gehört neu der kantonalen Parteileitung an, vertritt die FDP TG an nationalen Delegiertenversammlungen, legt sich für die von den FDP-Frauen lancierte Initiative «Individualbesteuerung» ins Zeug und wird bald das Präsidium ihrer Ortspartei übernehmen. Ihre Ausdauer – trainiert in mehreren Halbmarathons – wird ihr nützen. Seit kurzem hat die Thurgauerin mit dem breiten Bernerndialekt mit Sohn Magnus eine weitere, neue und besonders schöne Rolle.



Sibylle Moopanar, Primarlehrerin, Militärrechtlerin

Geboren: 15 Jahre und 336 Tage nach der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: mit Kaffee im Blut, auf Achse und trotzdem verwurzelt.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... ich hier Eigenverantwortung, Einsatzbereitschaft für die Allgemeinheit, Sicherheit, Freiheit und Innovation finde und weil die FDP pragmatisch ist, sich am Menschen orientiert.

Mein Wunsch an die Zukunft: eine innovative, umweltbewusste, freie, sichere Schweiz.

Katharina Iseli – unterwegs für die Zukunft von morgen



«Eine gesunde Zukunft beginnt mit einem guten Start», ist Katharina Iseli überzeugt. Hunderten von Kindern hat die Hebamme dies schon ermöglicht. In ihrem Beruf geht es nicht nur um Geburten. «Ich möchte frischgebackene Eltern auf ihrem Zukunftsweg als eigenständige, verantwortungsvolle Familien unterstützen.» Seit Jahren kämpft Katharina Iseli, Mitglied im Zentralvorstand des Schweizerischen Hebammenverbandes, mit ihren Kolleginnen um die Anerkennung als kompetente

Ich bin schnell – wer bin ich?

FDP-Frauen sind Macherinnen und meist schnell unterwegs. Eine ist ganz besonders schnell! Wer die Porträts auf den Seiten 4 bis 9 genau liest, findet schnell heraus, wer diese schnelle Frau mit Helm ist. Die erste schnelle Richtigtipperin oder der erste schnelle Richtigtipper darf mit einer unserer Frauen ein Mittagessen geniessen (nicht schnell). Deshalb jetzt lesen und schnell den gesuchten Namen an die FDP TG mailen: info@fdp-tg.ch oder schnell zum Telefonhörer greifen: 071 672 17 20.



Partner in der Grundversorgung und Prävention: eine wichtige Aufgabe für die zweifache Mutter, die derzeit den Masterlehrgang «Frühe Kindheit» absolviert. Katharina Iseli möchte in der heutigen Gesellschaft zudem das Bewusstsein für mehr Eigenverantwortung stärken und für eine geringere Erwartungshaltung an die Adresse des Staates einstehen. Die Gachnangerin wünscht sich deshalb – unabhängig von Parteifarben –, dass mehr über politische Themen gesprochen wird, Frauen und Männer sich mit ihrer Meinung einbringen und gewohnte Rollenbilder überdenken.

Katharina Iseli, dipl. Hebamme FH

Geboren: 3 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: empathisch, zielgerichtet, zuweilen auch etwas stachelig.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... für mich Freiheit und Eigenverantwortung zentral sind.

Mein Wunsch an die Zukunft: Jeder Mensch soll sich frei entfalten und Verantwortung übernehmen können.

Ana Brändli – als Jüngste ein Vorbild



Politisieren ist für Ana Brändli keine Eintagsfliege. Bereits im Alter von 12 Jahren ist die heute 18-Jährige in die FDP Kreuzlingen eingetreten und hat sich im erstmöglichen Moment auf die Kantonsratsliste setzen lassen. Als Jüngste aller Kandidierenden erzielte sie auf Anhieb einen grossen Achtungserfolg. Ihre politischen Ziele liegen hoch. «Ana hat bereits als kleines Kind stolz verkündet, sie möchte einst Bundesrätin werden», erinnert sich ihr Vater. Ana Brändli ist es wichtig, dass sich Gleichaltrige für Politik begeistern und ihre demokratischen Rechte an der Urne wahrnehmen. Die klaren Vorstellungen ihrer Politzukunft sind nicht das Einzige, was Ana Brändli auszeichnet. Im Herbst 2017 gewann sie ihren ersten nationalen Meistertitel in der Gymnastik und ein Jahr später im Einzel wie im Doppel – mit Punktemaximum und Traumnote 10. Zudem engagiert sie sich als Gruppenleiterin für den Nachwuchs. «Ich will meine Erfahrungen weitergeben und andere profitieren lassen», so die Schülerin der Pädagogischen Maturitätsschule Kreuzlingen.

Ana Brändli, Schülerin

Geboren: 31 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: kontaktfreudig, sportlich, abenteuerlustig, vielseitig interessiert.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... ich für Eigenverantwortung, Innovation, kritisches Denken stehe.

Mein Wunsch an die Zukunft: eine grössere Diversität in der Legislative, welche die Bevölkerung widerspiegelt.

Claudia Spring – verantwortungsvoll in Beruf und Familie



«Es gefällt mir, einen so spannenden Beruf auszuüben und gleichzeitig Familie zu haben», freut sich Claudia Spring. Die Juristin erachtet dies gleichermaßen als Privileg und Herausforderung. Claudia Spring ist seit 10 Jahren vollamtliche Berufsrichterin. Ihre beiden Kinder werden während der Berufstätigkeit beider Elternteile ergänzend zur Schule in einer Tagesschule betreut und gefördert. «Unsere Kinder geniessen die zusätzlichen Freundschaften und die vielen Möglichkeiten», betont die 43-Jährige. «Natürlich sind mein Mann und ich durch die Balanceakte der fix vorgegebenen Betreuungszeiten gefordert.» Für viele Familien bedeutet die hohe finanzielle Belastung durch die ausserfamiliäre Kinderbetreuung, die nur minimal von den Steuern abgezogen werden kann, ein Hindernis, beiderseits erwerbstätig zu sein. «Wenn die Schweiz von Frauen und Männern in der Berufswelt profitieren will, muss dies dringend geändert werden», sagt die Vizepräsidentin des Bezirksgerichts Weinfelden, die am 7. März 2021 zur Wahl als Präsidentin des Bezirksgerichts Weinfelden antritt.

Claudia Spring, Berufsrichterin

Geboren: 7 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts.

Andere beschreiben mich als: gradlinig, belastbar.

Überzeugtes Mitglied der FDP, weil: ... mich liberale Grundwerte prägen und ich sie auch lebe.

Mein Wunsch an die Zukunft: gute Bildung mit nachhaltigen Perspektiven für alle – egal für welches Lebensmodell sie sich entscheiden.

Interviews: Marie-Theres Brühwiler

Dr. iur. Elisabeth Thüer – erste vollamtliche Oberrichterin im Kanton

«Mein Vater war vehement gegen die Einführung des Frauenstimmrechts, mich aber hat er gefördert, wo er konnte», erinnert sich Elisabeth Thüer. Die im Jahr 1991 vom Grossen Rat als erste Frau zur vollamtlichen Oberrichterin gewählte Juristin zeichnete sich auf ihrem beruflichen Weg stets durch hohes Fachwissen und Sachlichkeit aus und verstand ihr Amt als Berufung und nicht als blosser Berufsausübung. «Ich hatte in meiner Laufbahn keine Probleme mit meinen männlichen Kollegen.» Meine Devise war stets klar: «Wer mit Qualität überzeugt, wird nicht auf das Geschlecht reduziert», blickt die 67-Jährige zurück. Und damit hat Elisabeth Thüer in all ihren Tätigkeiten gepunktet. So als erste Gerichtsschreiberin beim Verwaltungsgericht wie auch später während 28 Jahren als Thurgauer Oberrichterin und gleichzeitig Vizepräsidentin des Obergerichtes.

Vielmehr haben Elisabeth Thüer die mit dem weiblichen Geschlecht verbundenen Grenzen und Verhaltensmuster gestört. «Die Trennung zwischen Buben und Mädchen bei Interessen und Freizeitaktivitäten war für mich nicht akzeptabel.» Diese Grenzen habe sie ganz bewusst überschreiten wollen. Die in einer Bündner Akademikerfamilie aufgewachsene zierliche Frau befasste sich im Studium deshalb etwa auch mit der Rüstungsindustrie und widmete sich in ihrer Freizeit dem Pistolenschiessen. Elisabeth Thüer war und ist eine grosse Frauenförderin. «Es braucht dafür aber keine übertriebenen Empfindlichkeiten, sondern vielmehr einen gesunden Menschenverstand. Denn bei Sachgeschäften spielt das Geschlecht keine Rolle.»

Vorreiterin in einer neuen Rolle

Mit dem Eintritt in das Pensionsalter hat die ehemalige Frauenfelder Gemeinderätin eine neue Aufgabe gefunden. Sie betreibt eine kostenlose Anlaufstelle für schwer verständliches Beamtendeutsch. Oft genug habe sie sich während ihrer Tätigkeit am Obergericht an der fürchterlichen Sprache von amtlichen Schriftstücken gestört. Das neue ehrenamtliche Angebot der 67-Jährigen ist ein Novum, mit dem Elisabeth Thüer sowohl bei der Stadt Frauenfeld wie auch bei der Bevölkerung auf offene Ohren gestossen ist. Die auf Ende 2019 pensionierte Frauenfelderin bleibt deshalb eine Vorreiterin – halt einfach in einer neuen Rolle.

Jungfreisinnige Thurgau

Ja zum Freihandelsabkommen mit Indonesien

An ihrer Mitgliederversammlung haben die Jungfreisinnigen Thurgau deutlich die Ja-Parole für das Freihandelsabkommen mit Indonesien beschlossen, über welches am 7. März abgestimmt wird. Das Freihandelsabkommen bringt beidseitig einen grossen Nutzen – und dies neben der Wirtschaft auch in den Bereichen Umweltschutz und soziale Entwicklung.

Ein offener Zugang zu den Weltmärkten ist wichtig für die Schweizer Wirtschaft und Voraussetzung für unseren Wohlstand. Mit dem Abkommen erhält die Schweizer Wirtschaft Zugang zu einem der wichtigsten Wachstumsmärkte der Welt. In Zeiten eines fortschreitenden Protektionismus und in einem schwierigen Handelsumfeld ist es zudem wichtig, dass sich Staaten wie die Schweiz auch auf stabile und zuverlässige bilaterale Freihandelsabkommen verlassen können. Neben den wirtschaftlichen Vorteilen leistet das Freihandelsabkommen auch einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen und sozialen Entwicklung in Indonesien. Dies zum Beispiel durch die Schaffung von guten Arbeitsbedingungen von Schweizer Firmen und rechtlich verbindlichen Verpflichtungen im Bereich der Nachhaltigkeit (u. a. beim Palmöl).

Dario Zimmermann, der bei den Jungfreisinnigen Thurgau für die politische Arbeit verantwortlich

Es braucht einen grossen Wurf

Rund 30 Freisinnige diskutierten am digitalen Stamm mit Nationalrat Andri Silber Schmid. Die «Altersvorsorge» stand im Mittelpunkt in der von Ramon Weber, Präsident der Jungfreisinnigen Thurgau, moderierten Diskussionsrunde. Das Fazit: Die Renteninitiative ist die Lösung für eine nachhaltige Sicherung der AHV. Jetzt unterschreiben: www.renten-sichern.ch.

Klare Parolenfassungen

Die Mitglieder der FDP Thurgau haben an ihrer zweiten digitalen Mitgliederversammlung folgende Parolen gefasst:

NEIN zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»

JA zum Bundesbeschluss über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz)

JA zum Bundesbeschluss über die Genehmigung des umfassenden Wirtschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien



Janis Basler wird neuer Generalsekretär

An der ausserordentlichen Mitgliederversammlung der Jungfreisinnigen Thurgau wurde Janis

Basler aus Münchwilen als neuer Generalsekretär gewählt. Er folgt damit auf den Wallenwiler Silvan Brunner, der nach sechs Jahren intensiver Mitarbeit seinen Rücktritt aus dem Parteivorstand bekannt gab.

ist, findet es daher schade, dass es überhaupt zu einem Referendum kam. Nichtsdestotrotz gilt es nun, mit einer deutlichen Annahme des Freihandelsabkommens ein Zeichen für mehr Nachhaltigkeit, Umweltschutz und internationalen Handel zu setzen. Dass bei der Gegenkampagne hauptsächlich mit Angst gearbeitet wird, nervt Zimmermann: «Sowohl die Bedürfnisse der Schweizer Landwirtschaft als auch Standards zu mehr Nachhaltigkeit insbesondere beim Palmöl sind im Freihandelsabkommen berücksichtigt und aufgenommen worden, daher ist es paradox, dass die Gegenkampagne hauptsächlich mit diesen Argumenten Stimmung gegen das sinnvolle und vorteilhafte Abkommen macht.»

So befürwortet neben Politikern von links bis rechts – u. a. sind 7 der 8 eidgenössischen Thurgauer Politiker im Ostschweizer Pro-Komitee vertreten – auch der WWF das Abkommen. Die Jungfreisinnigen Thurgau erkennen die grossen Vorteile des Freihandelsabkommens mit einem der grössten Schwellenländer der Welt und empfehlen daher ein klares Ja zum Freihandelsabkommen mit Indonesien.

Janis Basler Jungfreisinnige Thurgau

Wir gratulieren

Das Gemeindepräsidium in Tägerwilen ist neu in FDP-Händen. **Markus Ellenbroek** hat seinen Konkurrenten deutlich hinter sich gelassen und die Wahl zum Gemeindepräsidenten bereits im ersten Wahlgang geschafft. Herzliche Gratulation!



In Zihlschlacht wird die langjährige FDP-Gemeindepräsidentin Heidi Grau von ihrem Parteikollegen **Christian Hinterberger** abgelöst. Der Sitterdorfer Gemeinderat erzielte ein hervorragendes Resultat. Herzliche Gratulation!



Agenda

Die ursprünglich geplante Zukunftskonferenz musste Corona-bedingt abgesagt werden. An deren Stelle führen wir für alle Bezirke digitale **Soundingboards** durch. Es steht den Mitgliedern der FDP Thurgau jedoch frei, auch in anderen Bezirken teilzunehmen. Die ersten Soundingboards sind bereits Geschichte. Die nächsten Anlässe: 22. Februar, 1. März und 3. März. Weitere Auskünfte und Anmeldungen: info@fdp-tg.ch.

Unsere nächsten **Mitgliederversammlungen**: 21. April 2021, 17. Juni 2021, 17. August 2021 und 7. Oktober 2021.

Sammeltage für die Renteninitiative: 6. März 2021 in Arbon, Frauenfeld und Weinfelden.

Aus der FDP-Fraktion

Vorstösse der letzten Monate

Mitglieder aus der FDP-Fraktion haben in den letzten Monaten einige Vorstösse eingereicht:

- Motion von **René Walther** und weiteren: «Friedensstiftender bäumiger Klimaschutz in Stadt und Dorf»
- Einfache Anfrage von **Andreas Opprecht** und weiteren: «Förderung von Solarparkplätzen»
- Einfache Anfrage von **Jörg Schläpfer** und **Brigitte Kaufmann**: «Ertragsausfälle bei Spitälern – ein Kurswechsel der Regierung oder ein Beispiel von Ungleichbehandlung?»
- Einfache Anfrage von **Viktor Gschwend** und **Daniel Eugster**: «Impfstrategie Thurgau – was ist wirklich los? Wie geht es weiter?»
- Einfache Anfrage von **Viktor Gschwend**: «Thurgauer Jugendliche im Übergang zur Berufswelt in Corona-Zeiten»
- Interpellation von **Gabriel Macedo, Bruno Lüscher** und weiteren: «Kantonale Handlungsmöglichkeiten bei den Krankenkassenprämien»

- Antrag gemäss § 52 unserer Geschäftsordnung von **René Walther** und weiteren: «Biodiversitätsschädigende Subventionen im Thurgau»
- Motion gemäss § 75 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von **Cornelia Hasler** und weiteren: «Mutter-/Vaterschaft und Kantonsratsmandat kompatibel machen»
- Motion gemäss § 75 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von **Daniel Eugster** und weiteren: «Bildung einer ständigen Kommission Klima, Energie und Umwelt»
- Parlamentarische Initiative von **Anders Stokholm, Cornelia Zecchin** und weiteren: «Planungs- und Baugesetz vom 21. Dezember 2011»
- Dringliche Interpellation von **Martina Pfiffner Müller** und weiteren: «Umsetzung der Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie im Kanton Thurgau»
- Einfache Anfrage von **Viktor Gschwend**: «Quaggamuscheln in Thurgauer Seen»

- Einfache Anfrage von **Beat Pretali** und weiteren: «Aufgabenteilung zwischen Wirtschafts- und Berufsverbänden und Ämtern»
- Einfache Anfrage von **Brigitte Kaufmann** und weiteren: «Keine Fischgehege im Bodensee – Nein zu einer Fischmast im Bodensee!»
- Einfache Anfrage von **Cornelia Hasler** und weiteren: «Langsamverkehrskonzept: Wie steht es um den Alltagsradverkehr?»
- Interpellation von **Andreas Opprecht** und weiteren: «Welche Auswirkungen bringt die Ausscheidung von Zuströmbereichen für Grundwasserfassungen?»
- Motion von **Anders Stokholm** und weiteren: «Mehr Sicherheit bei Wahlen und Abstimmungen»
- Antrag gemäss 52 GOCR von **Kristiane Vietze, Cornelia Hasler, Anders Stokholm, Brigitte Kaufmann, Daniel Eugster, Jörg Schläpfer**: «Leitbild Wirtschaftsstandort Thurgau»
- Motion von **René Walther** und **Beat Rüedi**: «Anpassungen bei der Umsetzung der planerischen Mehrwertabgabe nach dem Planungs- und Baugesetz»
- Motion von **Andreas Opprecht** und weiteren: «Ausverkauf der Versorgungsinfrastrukturen?»

FDP Bezirk Arbon

BTS/OLS: Ermöglichen statt verteufern!

Die Thurgauer Bevölkerung hat im Jahr 2012 dem Netzbeschluss BTS/OLS deutlich zugestimmt. In der Zwischenzeit hat das Thurgauer Baudepartement viel Arbeit geleistet und das Projekt vorangetrieben. Mit der Übernahme durch den Bund ist die BTS nun wieder etwas in eine Wartephase geraten und droht in der Prioritätenordnung unterzugehen.

Dass sich die Thurgauer Politiker auf eidgenössischer Ebene nun für unser Projekt einsetzen, darf erwartet werden und ist zwingend nötig, um den Volkswillen umzusetzen. Als periphere Region müssen wir ganz besonders darauf achten, dass wir gehört werden. Es ist unverständlich, dass sich das Gegenkomitee von damals immer noch gegen den deutlichen Volksentscheid wehrt. Der Thurgau, in diesem Fall insbesondere der Oberthurgau, darf nicht abgehängt werden. Wenn wir unsere jungen Fachkräfte hier behalten wollen, wenn wir ihnen eine Zukunft geben wollen, dann müssen wir handeln und für Attraktivität sorgen. Das tut die BTS! Und deshalb gilt weiterhin: ermöglichen statt verteufern!

Philipp Gemperle, Präsident
Thierry Kurtzemann, Vizepräsident

FDP Amriswil

Sascha Angehrn nominiert

Die FDP Amriswil nominiert Sascha Angehrn als Kandidat für die Volksschulbehörde Amriswil. Als rundum breit vernetzter Amriswiler und langjähriger Sekundarschulleiter der Volksschulgemeinde Egnach bringt Sascha Angehrn beste Voraussetzungen für das Amt mit. Gewählt wird am 7. März 2021.

Martin Rickenbach

Anzeige



FLEISCHMANN
IMMOBILIEN



Grosszügige Liegenschaft

Von Gottlieben bis Berlingen suchen wir für eine junge Familie eine grosse Liegenschaft mit mindestens 7 Zimmern, rund 2'000 m² Land, vorzugsweise mit Seesicht, Seeanstoss oder kleinem Badehaus.

Keine Provisionskosten für Verkäufer!

Fleischmann Immobilien AG
Telefon 071 626 51 51 info@fleischmann.ch www.fleischmann.ch





Folge der blauen Linie

Neue Plattform Blueprints.ch

Reden ist Silber, Handeln ist Gold: Die FDP lanciert eine einzigartige Plattform, die eine Bestandesaufnahme aller Aktionen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene in Sachen Umwelt- und Klimapolitik aufzeigt. Auch werden dort KMU hervorgehoben, die innovative Lösungen punkto Nachhaltigkeit entwickeln. Denn für die FDP gehen Wirtschaft und Ökologie Hand in Hand und wir folgen unserer blauen Linie, einem Symbol für Fortschritt und Innovation. Die Website www.blueprints.ch listet aktuelle und künftige Nachhaltigkeits-Projekte auf, die von der FDP initiiert wurden. Per Newsletter informieren wir regelmässig und zielgruppengerecht über die neuesten Entwicklungen in der Umwelt- und Klimapolitik.

Umwelt- und Klimaprobleme gehen alle an und stellen eine grosse Herausforderung für die Zukunft der kommenden Generationen dar. Die FDP setzt sich seit Jahren auf allen Ebenen dafür ein, die natürlichen Ressourcen zu erhalten und unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Le-

bensgrundlage zu hinterlassen. Daher sind wir davon überzeugt, dass Innovationen in diesem Bereich eine Schlüsselrolle spielen müssen. Wirtschaft und Ökologie gehen Hand in Hand und führen so zum Ziel einer klimaneutralen Schweiz. In diesem Sinne wurde Blueprints.ch lanciert. Die

Plattform beinhaltet die Auflistung vergangener und künftiger Aktionen in der Umwelt- und Klimapolitik (auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene) sowie innovative Projekte von KMU zugunsten der Umwelt.

Blick ins Jahr 1986

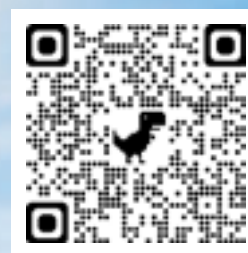
Blueprints.ch befasst sich selbstverständlich mit zahlreichen aktuellen Handlungen zugunsten einer liberalen Umwelt- und Klimapolitik, blickt aber ebenfalls in die Vergangenheit. Der Gang ins Archiv brachte dabei interessante Erkenntnisse. So zum Beispiel das «Freisinnige Manifest zum Umweltschutz», das von einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung im Oktober 1986 verabschiedet wurde. In fein säuberlicher Schreibmaschinenschrift hält das Papier fest: «Umweltbelastungen sind möglichst an der Quelle zu vermeiden, oder, falls dies nicht möglich ist, zu minimieren. Nach dem Verursacherprinzip ist die Beanspruchung knapper Umweltgüter durch Abgaben zu dämpfen.» Der Auszug zeigt, dass das umweltpolitische Engagement der FDP weit zurückreicht und älter ist als die meisten Sektionen von Parteien mit «Grün» im Namen.

Mithilfe von Kantonal- und Ortsparteien

Selbstverständlich sind Gegenwart und Zukunft ebenso wichtig. Unter Blueprints.ch sind alle umweltpolitischen Vorstösse der FDP aufgelistet. Damit die Plattform eine breite Wirkung entfaltet, braucht es aber auch das Engagement der Kantonal- und Ortsparteien. Wir freuen uns über Projekte aus der Vergangenheit, Vorstösse von heute und Pläne für die Umweltpolitik der Zukunft, die in FDP-Sektionen entwickelt wurden. All dies kann an die E-Mail-Adresse info@blueprints.ch gesendet werden und wird danach auf Blueprints.ch aufgeschaltet. Der vielfältige Einsatz, den die FDP in der Umwelt- und Klimapolitik leistet, soll damit sichtbar gemacht werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Abstimmung über das neue CO₂-Gesetz am 13. Juni von Bedeutung.

Ja zum CO₂-Gesetz

Um die Verpflichtungen der Schweiz im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen und den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2030 zu halbieren, haben wir als erste Partei die Ja-Parole für das revidierte CO₂-Gesetz gefasst. Die Schweiz wie auch die FDP haben sich im Sommer 2019 zu netto null bis 2050 verpflichtet. Die FDP ist überzeugt, dass neben den richtigen politischen Rahmenbedingungen in erster Linie Innovation und Fortschritt der Schlüssel zur Begrenzung von Klima- und Umweltschäden sind. Nur so können der Wohlstand und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten werden. Darum ist es umso wichtiger, der Bevölkerung im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung über das CO₂-Gesetz unser Engagement und Handeln klar zu kommunizieren. «Blaue Lösungen» versprechen Innovationen und bieten Perspektiven für alle.





Mehr Tempo für 5G

Notwendiges Engagement für die Zukunft

Die Schweiz ist beim Ausbau des Mobilfunknetzes auf den 5G-Standard in Verzug geraten. Die FDP hat das Problem erkannt und fordert mit einer Motion mehr Einsatz vom Bundesrat. Nationalrat Christian Wasserfallen und Ständerat Hans Wicki zeigen auf, weshalb die Schweiz auf 5G angewiesen ist.

Mobilfunk ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Die flächendeckende Verbreitung von Smartphones hat dazu geführt, dass sich die mobil übertragene Datenmenge derzeit alle 18 Monate verdoppelt. Grund dafür ist die intensivere Nutzung von Smartphone-Anwendungen, insbesondere im Videobereich. Für diese Entwicklung ist ein gut ausgebautes Mobilfunknetz unabdingbar. Der Mobilfunkstandard 4G kann diese Anforderungen künftig nicht mehr erfüllen, deshalb ist die Weiterentwicklung 5G die richtige Lösung. Mit 5G werden die Netze leistungsstärker, ermöglichen eine schnellere Datenübertragung und Anwendungsmöglichkeiten, die momentan noch gar nicht umsetzbar sind – zum Beispiel im Bereich autonomer Fahrzeuge.

Bundesrat befürwortet FDP-Motion

Im Vergleich mit dem Ausland hinkt der 5G-Ausbau in der Schweiz hinterher und wird in manchen

kantonalen Parlamenten regelrecht bekämpft. Diese Entwicklung ist gefährlich, da ohne flächendeckendes 5G dem Technologie- und Wirtschaftsstandort Schweiz Nachteile drohen. Die FDP hat dieses Problem erkannt und im Mai 2020 eine Fraktionsmotion eingereicht, die vom Bund mehr Engagement bei der Einführung von 5G fordert. Dabei sei das Ziel anzustreben, dass es den Anbietern bis 2024 möglich ist, ein qualitativ hochwertiges nationales 5G-Netz zu möglichst geringen Kosten aufzubauen. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunkgeneration sachgerecht informieren.

Als Sprecher der Motion fungiert der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen, der sich seit längerem für ein zeitgemässes Mobilfunknetz einsetzt. Für ihn ist klar: «5G ist aufgrund der hohen Bandbreite und der vorzüglichen Echtzeitdatenübertragung für Anwendungen in den Bereichen

autonome Fahrzeuge, Drohnen, industrielle High-Tech-Produktion, Gesundheit und E-Health, Smart Farming usw. künftig unabdingbar.» Positiv sei auch die Energieeffizienz. Pro übertragenes Datenpaket braucht 5G 90 Prozent weniger Energie. Da das 5G-Netz mit intelligenten Antennen die Geräte direkt ansteuert, können Streustrahlungen vermieden werden. Wasserfallen betont zudem, dass mit der Kommunikation wissenschaftlicher Fakten Bedenken aus dem Weg geräumt werden können: «Es ist wichtig, dass wir vermitteln, dass 5G eine Weiterentwicklung der 3G- und 4G-Technologie ist. Zudem braucht es praktische Anwendungen aus der Realität, um den Nutzen von 5G zu demonstrieren.» Letzten August hat der Bundesrat die Annahme der Motion beantragt. Wann sie ins Parlament kommt, ist noch offen.

Wichtig für ländliche Regionen

Neben der FDP-liberalen Fraktion im Parlament setzt sich auch CHANCE5G für ein ausgebautes 5G-Netz ein. Die Trägerschaft ist breit abgestützt und umfasst zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Co-Präsident von CHANCE5G ist der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki. Für ihn kann der Nutzen von 5G nicht hoch genug eingestuft werden: «Wir ermöglichen damit Arbeitsplätze, und zwar in der ganzen Schweiz. Dank 5G werden auch ländliche Regionen mit schnellem Internet erschlossen und nicht vom Fortschritt abgehängt. Es ist aber genauso

Plädoyer für eine faktenbasierte Diskussion

«Daten-Highways sind unverzichtbar»

Der Thurgauer Manfred Spiegel blickt auf eine langjährige Karriere im Telekom-Bereich zurück und ist heute Mitinhaber und Verwaltungsratspräsident der itsbusiness AG in Bern. Der überzeugte Liberale und ehemalige Präsident der FDP Bischofszell engagiert sich in der Trägerschaft CHANCE5G für die Weiterentwicklung des Schweizer Mobilfunknetzes und erklärt im Interview, weshalb es beim 5G-Ausbau mehr Tempo braucht.

Weshalb engagieren Sie sich in der Trägerschaft von CHANCE5G? Das hat mit meinem beruflichen Hintergrund zu tun. Ich bin Hochfrequenz-Ingenieur, habe in führenden Positionen in der Telekom-Branche gearbeitet und war direkt verantwortlich, als die SBB ein eigenes Mobilnetz aufbauten. Da mich Mobilnetze in meinen Tätigkeiten immer wieder begleitet haben, weiss ich, wie wichtig es ist, dass sie stetig weiterentwickelt werden. Unsere Volkswirtschaft stützt sich auch bei der Digitalisierung darauf ab. Im Sinne des gesunden Menschenverstandes die Chancen und Risiken abzuwägen, ist mir dabei ein besonderes Anliegen.

Was bringt 5G der Schweiz? Erfolgreiche Märkte haben sich schon immer an gut erschlossenen Verkehrswegen orientiert: Daten-Highways auf Basis der modernen und sicheren 5G-Technologie sind deshalb für unsere Schweiz unverzichtbar. Der Mobilfunkstandard 5G ist in erster Linie ein gewichtiger Standortvorteil, mit dem neue Geschäftsmodelle sowohl für Anbieter wie auch für Nutzer der Netze möglich sind.

Wie profitieren Privatpersonen? Bei einer guten Abdeckung ist die Mobilfunknutzung praktisch überall in hoher Geschwindigkeit auch beispielsweise im Zug möglich. Trotz höherer Datenvolumen ergibt sich mit der 5G-Technologie kumuliert eine geringere Strahlung. Man kann so über-

all arbeiten und auf benötigte Informationen zugreifen.

Der 5G-Ausbau in der Schweiz verläuft schleppend. Wie konnte das passieren? Ursprünglich war die Schweiz in einer führenden Position. Leider konnten wir diese nicht halten. Die Meinung, dass 4G für immer ausreicht, ist weit verbreitet. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass man meint, höhere Datengeschwindigkeiten würden auch eine höhere Strahlenbelastung mit sich bringen, was nicht der Fall ist. Auf jeden Fall wurde der Nutzen viel zu wenig in der Debatte aufgezeigt. Zudem polarisiert die Thematik in zunehmendem Masse.

Worauf ist diese Skepsis zurückzuführen? Wir als Nutzer von 5G haben uns zu wenig in die Thematik eingebracht. Deshalb ist ein unbegründeter Abwehrmechanismus gegenüber 5G entstanden. Ich denke jedoch, dass vor allem bezüglich der Auswirkungen von 5G Aufklärungsbedarf besteht. Beispielsweise hat das WLAN, das fast jeder zu Hause hat, eine höhere Leistung in unmittelbarer Nähe des Menschen, als es mit 5G der Fall ist.

Was muss jetzt passieren? Für die Aufrüstung der Mobilfunkmasten sind zahlreiche Baugesuche hängig. Die Behörden tun sich schwer damit. Die Gesuche deshalb auf die lange Bank zu schieben, weil es mancherorts Widerstand gibt, finde ich



5G führt kumuliert zu weniger Strahlung.

nicht zielführend. Grundsätzlich muss die Politik wieder Signale aussenden, dass man das Thema 5G faktenbasiert angeht, dazu den Dialog sucht und dann zeitnah entscheidet. Nur so sorgen wir für eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Bis wann rechnen Sie mit einem flächendeckenden 5G-Netz in der Schweiz? Wenn man tatsächlich vorwärtskommen darf, kann es schnell gehen. Insbesondere die Aufrüstung bestehender Standorte ist kein grosser Aufwand. Zeitintensiver sind neu zu erschliessende Standorte. Momentan geht es deutlich zu langsam. Umso wichtiger ist es, dass der faktenbasierte Dialog und die Aufklärung anstelle von Mutmassungen im Fokus von Entscheidungen liegen. Wenn das gelingt, bin ich überzeugt, dass wir die vielfältigen Chancen von 5G erfolgreich zum Nutzen für die Schweiz zum Tragen bringen können.

Interview: Marco Wölfli



Mobilfunk braucht ein starkes Netz.

wichtig, dass der Schweizer Bevölkerung der immense Wert von stabilen und modernen Mobilfunknetzen bewusst ist – das zeigt sich gerade auch in der aktuellen Krise, gilt aber auch darüber hinaus. Wir dürfen diese kritische, systemrelevante Basisinfrastruktur nicht fahrlässig aufs Spiel setzen und sollten möglichst zeitnah auf 5G ausbauen. Nur so wird ein leistungsfähiger Mobilfunk in der ganzen Schweiz sichergestellt, und Datenstaus werden verhindert.

Um dies zu erreichen, braucht es dringend bessere nationale Rahmenbedingungen, auf das unsere Fraktionsmotion abzielt, und eine Deblo-

ckierung des Ausbaus in den Kantonen.» Wie die FDP stellt auch CHANCE5G deutliche Forderungen an den Bundesrat. Die Gruppierung lancierte Ende 2020 eine Petition, die bessere Rahmenbedingungen für den 5G-Ausbau fordert. Zudem verlangt die Petition vom Bundesrat ein klares Bekenntnis zum Mobilfunkstandard der neuesten Generation. Die breite Unterstützung für die Technologie der Zukunft zeigt, dass Handlungsbedarf besteht und das Engagement der FDP weiterhin nötig ist.

Marco Wölfli



Ja zu Freihandel und Nachhaltigkeit

Vorteilhaftes Freihandelsabkommen mit Indonesien

Am 7. März entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung erstmals über ein Freihandelsabkommen. Das vorliegende Wirtschaftspartnerabkommen der EFTA-Staaten (Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein) mit Indonesien ist das Resultat erfolgreicher Verhandlungen, die massgeblich durch unseren früheren Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann geprägt wurden. Es beinhaltet erstmals Nachhaltigkeitsziele und setzt einen neuen Nachhaltigkeitsstandard für den internationalen Handel.

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien bedeutet ein Meilenstein in der Geschichte des internationalen Freihandels. Es ist ein umfassendes Wirtschaftspartnerabkommen, das nicht nur die Zölle senkt, sondern auch Bestimmungen zu technischen Handelshemmnissen, Dienstleistungen, gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Massnahmen, Ursprungsregeln, Handelserleichterungen, zum Handel mit Dienstleistungen, dem Schutz des geistigen Eigentums sowie zur Streit-schlichtung beinhaltet. Wegweisend sind die darin enthaltenen Nachhaltigkeitsbestimmungen zum Palmöl.

Noch in den letzten Amtstagen als Wirtschaftsminister ist unser damaliger Bundesrat Johann Schneider-Ammann persönlich nach Jakarta gereist, um dieses Freihandelsabkommen erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

Weder die EU noch die USA kennen ein Freihandelsabkommen mit einem der grössten aufstrebenden Länder Südasiens. Für die EFTA-Staaten inklusive der Schweiz bedeutet dieses Abkommen denn auch einen grossen Fortschritt in ihrer Aussenhandelspolitik: verbesserter Marktzugang für Waren und Dienstleistungen sowie Rechtssicherheit. Unter dem Strich dürfte für die Schweiz – neben allen anderen Vorteilen – eine Einsparung von rund 25 Millionen Franken Zollgebühren resultieren.

Bereinigung der Hauptkritikpunkte

Durch eine neue Regelung ist es von nun an möglich, gegen Standardfreihandelsabkommen ein Referendum zu lancieren. Dieses wurde von einem Bürgerkomitee ergriffen und von einigen NGO und protektionistischen bäuerlichen Kreisen unter-

stützt. Im Zentrum ihrer Kritik steht die Palmölproduktion. Indonesien ist zurzeit der grösste Produzent von Palmöl weltweit. Um zu vermeiden, dass billig und nicht nachhaltig hergestelltes Palmöl in die Schweiz importiert wird, wurden erstmals in einem Standardfreihandelsabkommen völkerrechtlich verbindliche Nachhaltigkeitsziele und -bestimmungen festgelegt. Die griffigen Ausführungsbestimmungen in der entsprechenden Verordnung liessen nun auch linke Kreise ihre zunächst ablehnende Haltung neu definieren, denn sie haben erkannt, dass dieses Abkommen den einen neuen «Goldstandard» für den weltweit nachhaltigen Handel bilden kann und soll. Die Kritik von bäuerlicher Seite, dass der erleichterte Import von Palmöl einen negativen Einfluss auf die einheimischen Ölsaatenproduktion haben könnte, wurde ebenfalls in den Verhandlungen aufgenommen und mit einer Kontingentierung beantwortet. Das Abkommen führt aufgrund der Nachhaltigkeitskapitel und der Kontingentierung von Palmöl zu keiner Konkurrenz für die Schweizer Rapsölproduktion. Auch die Tatsache, dass diverse NGO in Indonesien und auch Public Eye in der Schweiz das Referendum nicht unterstützen, sagt viel über die hohe Qualität des Abkommens aus.

Potenzial nutzen, Impulse setzen

Laut Prognosen könnte Indonesien bis 2050 zur viertgrössten Volkswirtschaft der Welt anwachsen. Das Land ist dank seinen zirka 267 Millionen Einwohnern, politischer Stabilität und grossem Investitionsbedarf bei den Infrastrukturen schon heute für viele Schweizer Exporteure wichtig. 2019 wurden Waren im Wert von fast einer halben Milliarde Franken aus der Schweiz nach Indonesien exportiert. Das Potenzial ist noch längst nicht ausgeschöpft. Investitionsbedarf besteht weiterhin. Durch das Freihandelsabkommen wird die rechtliche Grundlage für einen erleichterten Zugang zu einem der wichtigsten Wachstumsmärkte gelegt. Mehr internationaler Handel bringt der Schweiz Vorteile. Gerade jetzt ist der richtige Zeitpunkt für die von Corona gebeutelte Wirtschaft neue Impulse zu erzeugen, Chancen zu nutzen und positive Perspektiven zu erzeugen. Das Abkommen verbessert die Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit für Schweizer Firmen, was die Investitionen weiter ankurbeln und zahlreiche neue Arbeitsplätze, verbunden mit entsprechenden Ausbildungsperspektiven und guten Anstellungsbedingungen, generieren wird.

Das Wirtschaftsabkommen mit Indonesien vereint ökonomische Vorteile auf beiden Seiten, beruhend auf ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Mit allem gesunden Menschenverstand können wir dazu am 7. März einfach Ja stimmen.

Christa Markwalder, Nationalrätin BE, Mitglied Aussenpolitische Kommission

Auch ein Halloween-Kostüm könnte unter das Verhüllungsverbot fallen.

(Bild: iStock/SeventyFour)



Nutzlos, illiberal und zentralistisch

Nein zu einem schädlichen Verhüllungsverbot

Obwohl es in der Schweiz null Burkaträgerinnen und keine Probleme mit den marginal wenigen Niqabträgerinnen gibt, will eine Initiative ein nationales Verbot erzwingen. Die FDP lehnt diese heuchlerische Initiative, die gegen alle liberalen Grundsätze verstösst und vielfältige Einschränkungen bringt, vehement ab.

Die Verhüllungsverbot-Initiative zielt darauf ab, jegliche Verhüllung des Gesichts an öffentlichen Orten zu verbieten – sei es durch das Tragen einer Kapuze oder eines Schleiers, wie die Burka oder den Niqab. Die FDP ist klar gegen die Initiative, denn Kleiderverbote gehören nicht in die Verfassung. Das Verhüllungsverbot gibt vor, ein Problem zu lösen, das gar nicht existiert. Schliesslich sind die meisten Burkaträgerinnen in der Schweiz Touristinnen, leidtragend wäre also auch der Tourismus-Sektor. Die Initiative schadet jedoch nicht nur dem Tourismus, sondern auch dem Religionsfrieden. Die Initianten verfolgen dabei eine Strategie der Ausgrenzung unter dem Vorwand der Gleichstellung der Frauen und der Sicherheit. Deshalb empfiehlt auch der Bundesrat zusammen mit dem National- und Ständerat, die Volksinitiative abzulehnen.

Keine Kleidervorschriften in der Verfassung

Die alten Zeiten von rigiden staatlichen Kleidervorschriften namentlich für Frauen sind zum Glück vorbei. Hält man den liberalen Grundgedanken

hoch, sollen sich sowohl Schweizerinnen und Schweizer als auch Touristinnen und Touristen so kleiden, wie sie das für angemessen halten.

Die Initiative des nicht besonders frauenfreundlichen Egerkinger Komitees versucht auf heuchlerischem Weg, ein Verhüllungsverbot durchzubringen, und gibt dabei vor, Frauen schützen zu wollen. Das bestehende Recht erlaubt es jedoch bereits heute einzugreifen, wenn jemand gezwungen wird, einen Schleier zu tragen. Ein weitergehendes Verhüllungsverbot führt kaum dazu, dass Frauen vom Tragen der Burka oder des Niqabs befreit werden, sondern, dass diese allenfalls daran gehindert werden, ihr Haus zu verlassen. Zudem: Die einzige Studie zum Thema belegt, dass die wenigen Schweizer Niqabträgerinnen dies freiwillig – oft gegen den Willen ihrer Familie tun, ähnlich wie z. B. Punks.

Hinzu kommt: Der schludrig formulierte Initiativtext verbietet nicht nur Niqabs und Vermummung, sondern auch Verkleidung zu Marketingzwecken oder zu Halloween, ja sogar Sportmaskotten!

Angriff auf den Religionsfrieden

Mit der Vorlage wird bewusst Unmut gegenüber dem Islam gestreut. Es wird ein Problem kreiert, das sich angesichts der verschwindend geringen Zahl betroffener Personen gar nicht stellt. In der Schweiz leben zurzeit 360 000 Muslima und Muslime. Es gibt keine Burkaträgerinnen und zirka 20 bis 35 Niqabträgerinnen. Diese Anzahl ist konstant, somit findet keine, von den Initianten proklamierte, «Islamismuswelle» statt.

Die Initiative gibt weiter vor, die Integration zu fördern, dabei fördert sie nur die Ausgrenzung von bereits hier lebenden Frauen. Die geltende Gesetzgebung sieht zudem bereits heute klare Regelungen vor, wenn sich Personen in der Schweiz bewusst nicht in den Arbeitsmarkt oder die Gesellschaft integrieren wollen, beispielsweise die Verweigerung von Arbeitslosengeld oder Einbürgerung.

Sicherheit wird bereits gewährleistet

Die Angst eines terroristischen Anschlags durch Burkaträgerinnen ist absurd. Es gibt genau null bekannte Fälle von Straftaten durch auffällig verhüllte Frauen in der Schweiz, aber unzählige durch Menschen in unauffälligen Zivilkleidern.

Jeder Kanton kann und soll selbst entscheiden, welche Regeln er in seinem öffentlichen Raum einführen möchte. Die Kantone sollen auch künftig selbst entscheiden können, ob sie ein Verhüllungsverbot wollen oder nicht. Die Kantone St. Gallen und Tessin kennen bereits heute Verhüllungsverbote. Im Kanton Glarus wurde eine ähnliche Vorlage an der Landsgemeinde abgelehnt, ebenso in den Kantonsparlamenten der Kantone Zürich, Solothurn, Schwyz und Basel-Stadt. Ähnlich bei Vermummungsverboten bei Demonstrationen, die viele Kantone kennen, ebenso viele aber bewusst nicht. Diese Initiative greift ohne jegliche Begründung in die kantonale Souveränität ein.

Konstruktiver Gegenvorschlag

Die FDP lehnt die Initiative klar ab, unterstützt jedoch den Gegenvorschlag, der bei einem Nein zur Initiative in Kraft tritt. Mit ihm wird auf Gesetzesstufe festgelegt, dass alle Personen ihr Gesicht zeigen müssen, wo der Bund sie identifizieren muss, beispielsweise am Zoll oder im ÖV. Wer sich bei einer wiederholten Aufforderung widersetzt, wird mit einer Busse bestraft, und die entsprechende Leistung wird verweigert. Der Gegenvorschlag schränkt die Autonomie der Kantone jedoch nicht ein. Somit würde die Initiative im besten Fall nichts bewirken und im schlechtesten Fall den Religionsfrieden gefährden, dem Tourismus schaden und die liberale Tradition der Schweiz untergraben.

Andrea Caroni, Ständerat AR

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat in den letzten Monaten zahlreiche Abstimmungsvorlagen vertreten.



«Datenschutz macht einen Schritt vorwärts»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Ja zur E-ID ein

Am 7. März stimmt die Schweiz über die Einführung einer E-ID ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt im Interview, warum rein staatliche Lösungen nicht sinnvoll sind, was mit persönlichen Daten passiert und wo sich die E-ID nutzen lässt.

Wofür braucht es eine E-ID? Eine staatlich anerkannte, elektronische Identität ist die Basis für die weitere Digitalisierung in der Schweiz. Die E-ID wird es erlauben, uns einfach, sicher und praktisch im Internet anzumelden. Heute ist oft nicht klar, was mit unseren Daten passiert. Deshalb schaffen wir mit der E-ID erstmals ein gesetzlich geregeltes Login. Nach Schweizer Recht und mit einem starken Datenschutz. Das ist eine Chance

für die Schweiz, sonst galoppieren uns Apple und Co. mit ihren eigenen IDs davon. Keine davon ist heute gesetzlich geregelt.

Die Gegner kritisieren die Beteiligung privater Firmen. Wieso setzt der Bundesrat auf dieses Modell?

In unserem Modell tut der Bund das, was nur der Bund tun kann: Er übernimmt die hoheitlichen Aufgaben, indem er die Identität der einzelnen Per-

sonen überprüft. Ausserdem ist er zuständig für die Prüfung, Anerkennung und Kontrolle der Anbieterinnen. Die technische Umsetzung hingegen, das können auch Private, Kantone oder Gemeinden. Die Erfahrungen im Ausland waren zudem ernüchternd. Die Bevölkerung akzeptierte die rein staatlichen Lösungen nicht, weil sie zu kompliziert waren. In Deutschland beispielsweise benutzen nur etwa sechs Prozent der Bevölkerung die E-ID. Deshalb setzen Bundesrat und Parlament jetzt auf ein zukunftsorientiertes Modell mit einer klaren Aufgabenteilung.

Deutschland, Österreich oder UK setzen bereits auf eine E-ID. Ist der Einsatz einer E-ID so unsicher, dass die Schweiz erst jetzt eine E-ID einführen will?

Mit Sicherheit hat das nichts zu tun. Auch in der Schweiz haben die Arbeiten an der E-ID schon vor etwa 20 Jahren begonnen. Der Bund hat verschiedene Varianten sorgfältig geprüft. Heute haben wir einen ausgewogenen Kompromiss gefunden. Dieser berücksichtigt die Sicherheit, den Datenschutz und die Anwenderfreundlichkeit gleichermaßen. Und wir haben eine gute Balance zwischen öffentlichen und privaten Stellen gefunden. Ein guter Kompromiss braucht Zeit. Mit dem E-ID-Gesetz haben wir ihn.

Welche Unternehmen kommen für die Herausgabe der E-ID in Frage? Wir wissen vom Kanton Schaffhausen und bereits von fünf Unternehmen, dass sie sich als Anbieterinnen anerkennen lassen wollen. Es wird also einen Wettbewerb geben. Die besten technologischen Lösungen werden sich durchsetzen. Das begrüsse ich. Wettbewerb verspricht moderne und zukunftsweisende Lösungen für die Kunden und die Unternehmen.

Von linker Seite wird moniert, dass der Datenschutz nicht gewährleistet werden könne. Wie entgegen Sie diesem Vorwurf? Mit dem neuen Gesetz machen wir sogar einen Schritt vorwärts. Heute wissen wir nicht, was mit den Daten passiert, wenn wir uns im Internet anmelden, zum Beispiel mit Google, Apple oder Facebook. Mit dem E-ID-Gesetz legen wir erstmals gesetzliche Regeln fest. Der Datenschutz ist dabei strenger als sonst: Daten dürfen immer nur mit der ausdrücklichen Zustimmung der E-ID-Nutzerinnen weitergegeben werden. Ausserdem gibt es eine klare Trennung der verschiedenen Daten: Die Personendaten, die zur Identifikation einer Person dienen, und die Nutzungsdaten der E-ID müssen getrennt voneinander aufbewahrt werden. So wird verhindert, dass Nutzerprofile erstellt werden können. Solche sind auch verboten. Die Daten müssen zudem in der Schweiz bleiben, deshalb steht übrigens auch der eidgenössische Datenschützer hinter dem neuen Gesetz.

Wie wird sichergestellt, dass Private diese Daten nicht irgendwann verwenden? Auch das ist im Gesetz klar geregelt, das dürfen sie nicht. Zudem werden alle Anbieterinnen durch eine neue, unabhängige Kommission beaufsichtigt und kontrolliert. Bei einem Fehlverhalten kann einer Anbieterin die Anerkennung entzogen werden.

Was passiert, wenn beispielsweise ein beteiligtes Unternehmen aussteigt oder in Konkurs geht? Daran hat der Gesetzgeber ebenfalls gedacht und vorgesorgt. So kann das E-ID-System von einer anderen anerkannten Anbieterin übernommen werden – aber nur, wenn die Inhaber der E-ID dem zustimmen. E-ID-Systeme sind zudem weder pfändbar, noch fallen sie in die Konkursmasse.

Wo lässt sich die E-ID überall einsetzen – welcher konkrete Nutzen entsteht für Bürgerinnen und Bürger? Bis jetzt müssen wir für viele Dienstleistungen unsere Identität umständlich nachweisen, zum Beispiel durch persönliches Erscheinen. Mit einer E-ID wäre dies nicht mehr nötig, das würde insbesondere das E-Government voranbringen. Ausserdem könnten die Bürgerinnen und Bürger erstmals ein sicheres Login verwenden, das staatlich geregelt ist.

Was geschieht bei einem Nein zur E-ID? Wird die Vorlage am 7. März abgelehnt, gibt es keine staatlich anerkannte E-ID. Damit verschenken wir vor allem Zeit, denn das bedeutet konkret, dass wir weiterhin keinen gesetzlichen Rahmen für elektronische Identifizierungsverfahren haben. Die Schweiz würde bezüglich E-ID noch weiter in Rückstand geraten. Dass sich dereinst eine rein staatliche E-ID politisch durchsetzen könnte, bezweifle ich. Das Gesetz wäre ein sehr konkreter Fortschritt auf dem Weg der Digitalisierung.

Wie sieht der Zeitplan bei einem Ja zur E-ID aus? Der Bundesrat wird möglichst rasch die techni-

schen Verordnungen in die Vernehmlassung schicken. Parallel dazu würden wir die neue Aufsichtskommission aufbauen. Beides braucht aber Zeit, ich rechne damit, dass wir uns etwa in zwei Jahren mit der E-ID im Internet anmelden könnten.

Sie haben jetzt einen Marathon an Abstimmungen hinter sich: Unternehmensverantwortungsinitiative, Kündigunginitiative und das Schengen-Referendum. Jetzt stehen die E-ID und der Kampf gegen die Burkainitiative an. Woher nehmen Sie die Energie, sich jetzt zu 100 Prozent diesen Vorlagen zu widmen? Es stimmt, auch 2021 wird ein intensives Jahr, es stehen auch nach dem 7. März weitere wichtige Abstimmungen an, z. B. die Abstimmung über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Kraft tanke ich bei Spaziergängen in der Natur oder bei der Lektüre eines guten Buches. Und überdies erfüllt und motiviert mich die Aufgabe als Bundesrätin.

Interview: Marcel Schuler



Die E-ID erleichtert die Identifikation im Internet.



Nein zu Agrarinitiativen Ja zum Covid-19-Gesetz

Delegierte fassen Parolen an E-DV

An der digitalen DV Anfang Februar fassten die Delegierten drei Parolen und befanden über einen Antrag. So wurde das Covid-19-Gesetz angenommen und die «Trinkwasserinitiative sowie die «Pestizidinitiative» abgelehnt. Der Antrag eines Delegierten, das Anti-Terror-Gesetz nicht nur mit den kantonalen Parteipräsidenten, sondern auch mit den Delegierten zu diskutieren, führte mit 177 Ja zu 177 Nein zu einer Patt-Situation. Um allen Delegierten die Möglichkeit zu geben, sich zu diesem Thema zu äussern, wird die FDP eine ausserordentliche DV organisieren.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach zu den Delegierten.

(Bilder: Désirée Dittes)

Angesichts der Gesundheitssituation fand die erste Delegiertenversammlung des Jahres wiederum digital statt. Die Delegierten konnten die Debatten zu den traktandierten Vorlagen online verfolgen. Dabei haben sich auch die beiden Bundesräte Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis geäußert. Die Justizministerin betonte die Wichtigkeit, für das E-ID-Gesetz zu stimmen. Bundesrat Cassis informierte über die Verhandlungen mit Europa und über die aktuelle Situation der Corona-Krise. Zudem wurde die Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung der FDP Frauen vorgestellt.

Klare Unterstützung für das Covid-19-Gesetz

Im Frühjahr 2020, während der ersten Welle der Pandemie, erliess der Bundesrat mehrere Verordnungen als Reaktion auf die Gesundheits- und Wirtschaftskrise. Einige von ihnen, die auf der Grundlage der Verfassung und damit in ihrer Gültigkeit auf sechs Monate begrenzt waren, mussten verlängert werden. Mit dem Covid-19-Gesetz soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit der Bundesrat einen Teil der im Frühjahr 2020 getroffenen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie verlängern kann. Sie regelt auch die Beihilfen an die Branchen und Arbeitnehmer, die von den vom Bundesrat auferlegten Beschränkungen am meisten betroffen sind. Die Delegierten haben mit deutlicher Mehrheit für dieses Gesetz gestimmt (310 Ja / 55 Nein / 13 Enthaltungen), das für das Krisenmanagement unerlässlich ist.

Delegierten lehnen die Agrarinitiativen ab

Die Trinkwasserinitiative (202 Nein / 165 Ja / 11 Enthaltungen) und die Pestizid-Initiative (318 Nein / 52 Ja / 8 Enthaltungen) wurden beide abgelehnt. Diese beiden Initiativen sprechen wichtige Themen an, da die FDP den Einsatz von neuen Pflanzenschutzmitteln reduzieren möchte. Der Weg zum Ziel soll aber ein anderer sein. Beide Initiativen gehen aus der Sicht der FDP deutlich zu weit: Die Umsetzung dieser Initiativen würde nicht nur die Schweizer Landwirtschaft, sondern auch die nationale Lebensmittelversorgung gefährden. Die Delegierten wollen den bereits eingeschlagenen Weg über die laufenden Anpassungen der bestehenden Gesetzgebung im Parlament beibehalten.

Ausserordentliche DV für Anti-Terror-Gesetz

Am Freitag hat die Parteipräsidentenkonferenz die Ja-Parole zum neuen Anti-Terror-Gesetz beschlossen. Gemäss Statuten (Art. 16.2, Abs. 1) ist sie berechtigt, im Namen der Partei Stellung zu beziehen. Ein Antrag eines Delegierten, die Vorlage der DV vorzulegen, erzielte keine Mehrheit (177 Ja / 177 Nein / 25 Enthaltungen). Der Parteivorstand hat dennoch beschlossen, eine ausserordentliche DV durchzuführen, um eine breite Debatte zu ermöglichen. Der Termin für die ausserordentliche DV steht noch nicht fest.

Karin Müller



Ständerat Damian Müller informierte über das Covid-19-Gesetz.



Nationalrätin Daniela Schneeberger referierte über die beiden Agrarinitiativen.



Nationalrat Philippe Nantermod moderierte die E-DV.



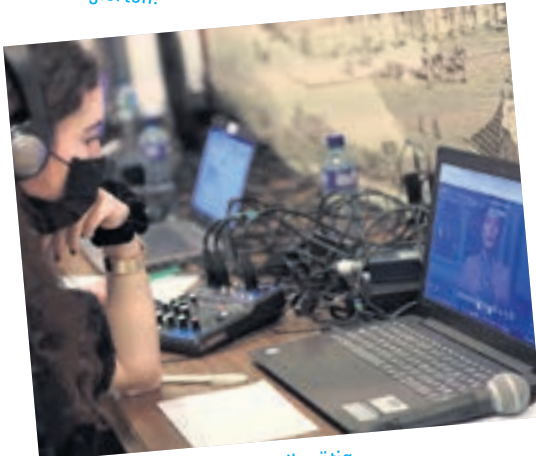
Parteipräsidentin Petra Gössi sprach zu den Delegierten.



Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher präsentierte die Initiative zur Einführung der Individualsteuer.



Nationalrat Olivier Feller erklärte das Covid-19-Gesetz.



Für die E-DV war viel Technik nötig.



Nationalrat Jacques Bourgeois (links) und GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy diskutierten über die Agrarinitiativen.



Bundesrat Ignazio Cassis ist bereit für seine Ansprache.



Kaffeepause für Daniela Schneeberger und Damian Müller.



Petra Gössi wünscht sich bald wieder eine physische DV.



Freiheit liegt nicht im Auge des Betrachters

Burkainitiative auf dem Prüfstand

Mit der Volksinitiative der SVP zur Einführung eines Verhüllungsverbot es rollt ein weiterer Verfassungsartikel auf uns zu, welcher Einschränkungen der persönlichen Freiheit zum Ziel hat. Einmal mehr finden die Befürworter natürlich auch emotional gefärbte und hehre Ziele als Argumente, die Vorlage anzunehmen. Doch was ist an den Argumenten wirklich dran?

Wollen wir eine sichere Gesellschaft? Ja. Ich denke, dabei sind sich wohl Parteien aller Couleur einig. Wollen wir Gesichtverhüllungen zur Identifikation vor Behörden oder an Demonstrationen untersagen? Klar, wieso nicht. Ist das Verhüllungsverbot aber notwendig, um dies zu erreichen? Ganz sicher nicht. Dies ist bereits heute mehrfach auf Gesetzesstufe normiert und würde durch den indirekten Gegenvorschlag zusätzlich verschärft. Auch wurde in der Schweiz noch nie ein terroristischer Anschlag verübt, bei welchem sich der Täter unter einer Burka versteckt hätte.

«Klar definierte Ausnahmen»

Nicht vom Verhüllungsverbot betroffen seien beispielsweise Skimasken, Hygienemasken oder Faschnachtslarven. So grosszügig diese Ausnahmen auch tönen mögen, offenbaren sie doch eindeutig

und kaum widersprochen das wahre Ziel der Vorlage: Sie zielt einzig und allein auf das Verbot der Gesichtverschleierung im muslimischen Glauben. Und dabei stehen nicht die sicherheitspolitischen oder gleichstellungsproblematischen Interessen im Vordergrund, nein, die Vorlage will – wie wir dies auch schon von der Minarettinitiative kennen – der muslimischen Bevölkerung klarmachen, dass ihr Glaube in unserer Gesellschaft nichts verloren habe, und versucht, der «Islamisierung Europas» Einhalt zu gebieten. Es darf bezweifelt werden, dass diese Intention mit unseren Vorstellungen von Glaubensfreiheit und Toleranz in einer Gesellschaft vereinbar ist.

«Freie Menschen zeigen ihr Gesicht»

Vorab nur mal dies: Mit einem Verbot hat noch niemand mehr Freiheit geschaffen. Das Argument,

Das Verhüllungsverbot würde in erster Linie Touristinnen treffen wie hier am Lac Léman bei Vevey.

man wolle die unterdrückte Frau unter einer Burka von dieser Unfreiheit erlösen, ist ebenso falsch wie überheblich. Weder kann ein Aussenstehender wissen, ob eine Person ein Kleidungsstück freiwillig trägt oder nicht, noch steht es einer freien Gesellschaft zu, darüber zu urteilen, ob jemand ein Kleidungsstück tragen darf. Die selbsternannten «Vertreter der Freiheit» wollen mehr Freiheit schaffen, indem sie einer Person verbieten, sich nach ihrem Willen zu kleiden? Ist Freiheit nur, was die Verfassung als Freiheit definiert? Jeder Mensch sollte selber bestimmen dürfen, wie er oder sie sich kleidet. Denn nur dies ist die einzig wahre Freiheit der Selbstbestimmung. Anders als Schönheit, darf Freiheit nicht im Auge des Betrachters liegen.

«Gleichstellung der Frau»

Mal abgesehen davon, wie anmassend es ist, als Gesellschaft darüber richten zu wollen, ob ein anderer Kulturkreis gute oder schlechte traditionelle Werte pflegt, welche sich in bestimmter Kleidung äussern können, gibt es nichts Kontraproduktiveres, als willkürlich durch Verbote in bestehende traditionelle Werte einzugreifen. Aufgabe der schweizerischen Gesellschaft ist es, die eigenen Werte der Freiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter hochzuhalten, die bereits heute illegale Nötigung konsequent strafrechtlich durchzusetzen und Rahmenbedingungen zu schaffen, dass eine Frau nicht unterdrückt wird – und dies mit allen Mitteln des Rechts. Eine Muslima vor die Wahl zwischen familiärer Verstossung bei Nichttragen der Gesichtverschleierung und illegalem Verhalten durch Tragen der Burka in der Öffentlichkeit zu stellen, treibt die Gleichstellung nicht voran, sondern verhindert sie nachhaltig.

Nur wenn wir unsere Freiheiten vorleben, den Menschen nicht vorschreiben, wie sie sich zu kleiden und wie sie ihren Glauben zu leben haben, erreichen wir langfristig eine Gesellschaft, welche nach unseren Werten lebt. Eine Gesellschaft kann keine Toleranz von fremden Kulturen innerhalb der Geschlechter fordern, wenn sie selbst keine Toleranz gegenüber Andersgläubigen walten lässt.

Philipp Eng

Kantonsratskandidat FDP Solothurn-Lebern
Präsident Jungfreisinniger Kanton Solothurn

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»



JA

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID)



JA

Bundesbeschluss über die Genehmigung des umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien

AGENDA

3. Juli 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

28. August 2021

Sternwanderung in Thun

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



50 Jahre Frauenstimmrecht!

Freisinnige Frauen, die die Geschichte geprägt haben.

Am 7. Februar 1971 erhielten die Schweizer Frauen nach einem mehr als hundertjährigen Kampf endlich das aktive und passive Wahlrecht auf Bundesebene. Dieses Datum stellt einen grossen Durchbruch in Bezug auf die Gleichberechtigung dar. Viele FDP Frauen haben unsere Partei 50 Jahre lang vertreten und tun es noch immer. Anlässlich dieses Jubiläums hebt die FDP einige der Pionierinnen hervor, die Geschichte geschrieben und die Politik der Schweiz geprägt haben. Die ersten Parlamentarierinnen, die erste Bundesrätin, die erste Präsidentin der FDP Schweiz und viele andere. Politisches Engagement kennt kein Geschlecht und wir freuen uns, dass sich täglich immer mehr Frauen auf allen Ebenen in der Politik engagieren! Scannen Sie den QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones und erfahren Sie mehr über elf bemerkenswerte freisinnige Frauen.



FDP

Die Liberalen

**Eine starke
Partnerschaft
für nachhaltigen
Handel.**

JA

**zum Abkommen
mit Indonesien**

www.indonesien-ja.ch